

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 2 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Zelle 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

30 Jahre Verband der Fabrikarbeiter.

Heute ist es anders als damals bei Gründung unseres Verbandes. Heute stehen über 600 000 Mitglieder in einer Organisation vereinigt hinter dem Einzelnen. Dieser ist nicht mehr sich selbst überlassen, die Gesamtheit verleiht ihm Schutz. Aber als die Delegierten, insgesamt 29 Mann, am 29. Juni 1890 im „Ballhof“ zu Hannover zum ersten Kongress aller nicht-gewerblichen Arbeiter Deutschlands zusammentraten, um den „Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands“ zu gründen, da war der einzelne noch auf sich selbst gestellt. Es gehörte persönlicher Mut dazu, den Kampf aufzunehmen gegen die mächtigen und wirklichen Gegner. Da galt es noch, die persönliche Existenz, die Familie aufs Spiel zu setzen und als Pionier der Arbeiterbewegung tätig zu sein. Wer unter den schwersten Opfern jahrzehntelang am Aufbau unserer Organisation mit tätig war, wer die vielen erfolglosen Anläufe kennt, die gemacht wurden, um die indifferente Arbeitererschaft aufzurütteln, wer die Mißerfolge und Rückschläge mit durchgelostet hat, der kämpft auch heute verzweifelt für die Einigkeit der Arbeitererschaft, weil nur er voll ermessen kann, was auf dem Spiele steht. Wer von unseren jungen Mitgliedern sich einigermaßen orientieren will über das Werden unseres Verbandes, der nehme die Jubiläumsnummer vom 26. Juni 1915 zur Hand; dort findet er die Bezeugungen kühner Proletarierhelden, die den Kampf aufnahmen gegen einen übermächtigen Feind. Unternehmer, Polizei, Parlament, Regierung bildeten eine geschlossene Phalanx gegen die junge Organisation. Der schlimmste Feind aber, den es zu überwinden galt, das war der „Unverstand der Massen“. Es gehörte ein grenzenloser Zukunftsglaube dazu, um die Hoffnung auf den endlichen Sieg nicht zu verlieren. Aber auch Geduld und Ausdauer waren erforderlich, um nicht zu verzweifeln bei dem kaum merkbaren Fortschritt in der Organisation. Gar mancher heißblütige Kampfgenosse hat sich zu rasch abgekämpft und ist ermüdet am Wege liegen geblieben oder hat es vorgezogen, sich an der fruchtlosen anarchistischen „direkten Aktion“ zu berauschen, um abermals enttäuscht die Flinte ins Korn zu werfen, als die Fata Morgana vor seinen Augen in nichts zerrann. Unterdessen steuerten die Pioniere des Verbandes mit August Brey an der Spitze das Verbandschifflein mutig vorwärts, im steten Kampf mit den wild tosenden Wogen der Reaktion. Keinen Augenblick wurde das Ziel aus dem Auge verloren. Schon winkte die Gestade. Aber Vorsicht! Die Einfahrt ist noch nicht frei. Verlieren wir die Ruhe auch jetzt nicht, dann kann es nicht fehlen. Früher war das Schifflein leicht, mit wenig Bemannung ein Spielball der Wogen, und bei weniger Vorsicht hätte es sehr wohl Schiffbruch leiden können. Diese Gefahr ist heute auch noch nicht gebannt. Der wilde Sturm hat sich etwas gelegt; aber das Verbandschiff hat schwere, unerfahrene Besatzung, und es bedarf der größten Vorsicht, um das Gleichgewicht zu halten. Denn, legt sich das Fahrzeug zu stark nach links oder nach rechts, dann sind wir verloren. Also in der Mitte Platz nehmen, den Kurs geradeaus nehmen wie seither und keine Aufregung, dann werden wir auch fernerhin richtig steuern.

Wenn wir in unserer nebenstehenden Tabelle die Zahlen von 1890 und 1919 gegenüberstellen, so sehen wir einen ungeheuren Kontrast. Was zwischen diesen beiden Zahlenreihen liegt, ist Kampf und immer wieder Kampf. Nur waren die zur Verfügung stehenden Waffen nicht so wuchtig wie heute. Und wenn auch zunächst unsere weitere Organisationsfähigkeit Kampf sein wird, so können wir doch mit größerer Zuversicht als früher uns mit dem Gegner messen. Nur dürfen wir nicht nervös werden, sonst verlieren wir den klaren Blick für das Ganze.

In den ersten zwei Jahren des Bestehens der Organisation hatten wir einen Monatsbeitrag von 25 Pf., also 5 $\frac{1}{2}$ Pf. pro Woche. Arbeiterinnen wurden damals noch nicht als Mitglieder aufgenommen. Erst ein Beschluß des ersten ordentlichen Verbandstages in Braunschweig im August 1892 ermöglichte auch den Arbeiterinnen den Beitritt zum Verband.

Was die Organisation den Kollegen und Kolleginnen in den drei Jahrzehnten ihres Bestehens gewesen ist, läßt sich in einem Artikel oder in einer Tabelle nicht zum Ausdruck bringen. Es läßt sich insbesondere nicht darstellen, was die ungelernete Arbeitererschaft an geistigen und moralischen Werten empfangen hat. Diese sind noch viel höher anzuschlagen als die Unterstützungen finanzieller Art, wenn auch diese, weil sichtbar, mehr in den Vordergrund treten. Ist doch das Materielle auch heute noch vorwiegend, womit selbstverständlich niemandem ein Vorwurf gemacht werden soll. Im Gegenteil, wir wollen hier zeigen, was eine zahlenmäßig starke Organisation zu leisten vermag. Die nebenstehende Tabelle soll den Aufstieg unseres Verbandes demonstrieren, soll aber auch jedes einzelne Mitglied anspornen, das Werk vollenden zu helfen, d. h. den Rest der noch Unorganisierten für den Verband gewinnen zu suchen.

Wie unsere Tabelle zeigt, war die Entwicklung unseres Mitgliederbestandes zunächst keine besonders stürmische. Erst mit Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung vom 1. Oktober 1905 an setzt ein lebhafteres Tempo ein.

Im Jahre 1906 übersteigen die Einnahmen der Hauptkasse zum ersten Male eine Million Mark, während der Kassenbestand im Jahre 1907 diese Höhe erreicht. Von Jahr zu Jahr mit zunehmender Stärkung der Mitgliederzahl und der Finanzen konnten auch die Kämpfe erfolgreicher geführt werden für Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und zur Abwehr von Verschlechterungen.

Jahr	Mitglieder am Jahreschluss	Einnahmen M.	Hauptkasse Ausgaben		Bestand am 31. Dezbr. M.
			überhaupt M.	an Unterstützung M.	
1890	1 961	2 576	1 810	82	766
1891	2 229	5 671	4 283	595	2 154
1892	3 177	7 129	6 891	1 033	2 392
1893	4 619	17 424	14 523	1 458	5 293
1894	5 559	24 856	21 539	2 861	8 610
1895	7 312	33 312	27 184	4 847	14 738
1896	13 373	60 281	72 497	33 232	2 522
1897	17 505	77 128	61 643	18 507	18 007
1898	20 889	104 989	85 245	17 194	37 751
1899	24 415	171 517	135 107	41 057	74 161
1900	31 906	250 601	224 950	97 877	99 812
1901	34 051	317 754	320 344	144 662	97 222
1902	31 866	273 646	201 470	68 104	169 398
1903	45 533	356 376	309 937	164 500	215 837
1904	50 781	480 367	379 796	193 723	316 408
1905	75 870	926 031	797 098	504 277	445 341
1906	123 215	1 755 647	1 659 746	1 107 877	541 242
1907	136 885	2 252 083	1 698 322	1 022 891	1 095 003
1908	133 635	2 334 194	2 052 160	1 293 841	1 377 037
1909	141 024	2 482 599	2 386 859	1 566 837	1 472 777
1910	167 097	3 117 488	3 085 502	2 114 471	1 504 763
1911	189 449	3 924 115	3 278 855	2 151 949	2 150 093
1912	207 597	4 337 530	3 336 575	2 093 829	3 150 978
1913	207 384	4 534 784	3 825 239	2 515 012	3 860 523
1914	130 341	3 935 365	4 431 340	3 275 326	3 364 549
1915	85 118	2 117 837	1 953 508	1 243 665	3 528 878
1916	80 545	1 752 161	1 722 794	1 125 959	3 558 244
1917	110 584	2 001 783	1 785 556	995 366	3 774 470
1918	256 577	3 469 699	2 602 921	1 486 492	4 641 250
1919	602 003	14 063 763	8 056 840	3 350 277	10 648 172

Der normale Aufstieg wurde leider jäh unterbrochen durch den Weltkrieg, der allerdings auch eine Verschärfung der Klassengegensätze heranzuführen ließ, die sich in der November-Revolution des Jahres 1918 äußerte, alles Veraltete über den Haufen warf und der Arbeitererschaft das gab, was für sie durch die wirtschaftliche Entwicklung als reif in Betracht kommen konnte. Jetzt heißt es der nächsten Etappe zuzustreben in unablässigem Ringen und mit Hilfe der neugewonnenen Waffen und Hilfsmittel. Es kann jetzt rascher vorwärts gehen, denn unsere Truppen sind aufgefüllt mit frischen Kämpfern, die blindlings dem Gegner entgegenstürmen möchten. Aber auch dieser hat ein Gegengewicht ins Feld zu führen: größere Geschlossenheit und bessere Disziplin. Diese Eigenschaften mangeln uns heute noch teilweise; wir können sie aber nicht entbehren, sonst gehen die Truppen dem abwägenden Führer durch und reiben sich auf offenem Kampffelde in aussichtslosen Kämpfen auf. Unsere jungen Kollegen können bestimmt glauben, wer dreißig Jahre an vorderster Stelle steht, der weiß richtig zu manövrieren, um möglichst wenige Verluste zu erleiden.

Abgesehen von den Errungenschaften für die Mitglieder durch Lohnbewegungen, hat das Unterstützungswesen viele Not beseitigt bzw. gemildert. In den Anfangsjahren konnten freilich die gewährten Unterstützungssummen nur ganz minimal sein. Damals spielten die örtlichen Sammelstellen noch eine große Rolle, wenn es galt, einem Mitglied helfend beizuspringen. Den Mitgliedern unseres Verbandes sind seit dessen Bestehen an Unterstützungen aller Art insgesamt über 26 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark zugeflossen.

Ein Monumentalwerk von erhabener Größe ist unsere Organisation geworden, und dieses Werk ist uns um so wertvoller, weil unsere Proletarierhände es selbst geschaffen haben, weil unser Herz und Hirn mit voller Hingabe mitgearbeitet haben, um es zustande zu bringen. Viele aufreibende Arbeit mußte geleistet, viele persönliche Opfer mußten gebracht werden, damit das Werk gedieh. Und wenn wir nach dreißig Jahren kurz Rückschau halten, so können wir sagen, wir haben viel erreicht, aber wir sind noch nicht am Ziel. Jedoch die Erinnerung an die hinter uns liegende Organisationsarbeit gibt uns neue Kraft zur Weiterarbeit. So wie bei der Gründung im Jahre 1890 der leitende Gedanke war, unser Verband sei den ungelerneten Arbeitern und Arbeiterinnen eine Wehr und Waffe, so soll es auch in Zukunft sein. Mit Mut und Hoffnung gehen wir ins vierte Jahrzehnt, und der Erfolg wird ferner unser sein, wenn uns, wie seither, nicht eins fehlt, die

Einigkeit.

Der internationale Boykott gegen Ungarn.

Aufruf.

An die Arbeiter aller Länder.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat beschlossen, vom 20. Juni an Ungarn zu boykottieren und jeden Verkehr mit diesem Lande völlig abzubrechen.

Es ist nun beinahe ein Jahr her, seit die sogenannten „ordnungsliebenden Elemente“ in Ungarn die Regierung ergriffen haben. Von diesem Augenblick an wurde die Arbeiterbewegung Unterdrückungen und Verfolgungen ausgesetzt, die ohnegleichen sind in der Geschichte der Arbeiterbewegung und bei weitem noch alle Greuelthaten des einseitigen russischen Jankismus übertraffen.

Es genügt, Mitglied einer nicht konfessionellen Vereinigung zu sein, um ins Gefängnis gesteckt zu werden; eine anonyme Denunziation ist hinreichend, um verhaftet und in ein Gefängnislager gesperrt zu werden.

Bereits zu Beginn dieses Jahres befanden sich in den Gefängnislagern in Hajmasfär 9000 Männer und Frauen, Csepel 4000, Balagergég 2400, Eger 2000, Egléd 3000 und Komárom Sandberg 2000. Insgesamt wurden 50 000 Männer und Frauen gefangen genommen. Die Gefängnisse in den Städten sind überfüllt, die Gefangenen den grauenvollsten und raffiniertesten Martern ausgesetzt. 5000 Arbeiter waren bereits zu Beginn dieses Jahres zum Tode „verurteilt“. Tausende und Tausende wurden ohne jegliches vorheriges Prozeßverfahren von den Offiziersbanden ermordet. Tausende sterben langsam an Hunger, Unterernährung und Krankheit darin. Die realitären Offiziersdetachements sind allmächtig. Wer in ihre Hände fällt, ist verloren; ihre Schlachtopfer werden gemartert und schließlich totgeschlagen. Es ist vorgekommen, daß die Unglücklichen bei lebendigem Leibe in die See geworfen, ihren Arme und Beine entwürgelnd oder daß sie genötigt wurden, ihre eigenen Extremitäten zu essen oder Menschenfleisch zu verzehren. Männer wurden kastriert, anderen ihre Geschlechtsorgane mit Eisen zermalmt. Alle diese Fälle sind nachgewiesen und durch Zeugnisse unter Eid festgestellt.

Männer und Väter wurden vor den Augen ihrer Frauen und Kinder gemartert und getötet. Frauen und Mädchen vor den Augen ihrer Männer und Väter geschändet. Täglich verschwinden Männer und Frauen aus der kämpfenden Arbeiterschaft, und man findet sie wieder als Leichen, ermordet, ertrunken, verprügelt, ertrunken und oft in der jämmerlichsten Weise verstümmelt.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat gegen diese Greuel bei der ungarischen Regierung sowohl wie beim Obersten Rat des Völkerbundes protestiert und verlangt, daß Maßregeln ergriffen werden, um all diesen Greuel ein Ende zu machen. Dieser Schritt blieb erfolglos. Der weiße Terror herrscht nach wie vor in Ungarn. Der Oberste Rat des Völkerbundes kann oder will offenbar nicht den nötigen Druck auf die ungarische Regierung ausüben. Die Regierung selbst will die Greuel in ihrem Lande nicht zügeln und läßt sie entweder geschlossenen Augen geschehen oder erzwängt sie.

Aus offiziellen Dokumenten der ungarischen Regierung, die sich im Besitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes befinden, geht hervor, daß die Regierung die Richter anspornt, die Gefangenen zu verurteilen, auch wenn keine genügenden Beweise für das, was man in Ungarn „Schuld“ nennt, vorliegen und auf das „Anschuldigmachen“, d. h. die Erzwörung der aus Ausland geflüchteten Arbeiter-jährer Prämien gesetzt hat in der Höhe von 20 000 bis 250 000 Kronen. Alle diese Tatsachen sind bekannt und erwiesen. Die Regierungen, denen sie bekannt sind, sind nicht gewillt, einzugreifen und trotzdem vielleicht, daß die Arbeiterbewegung Ungarns niedergeschlagen und er-mordet wird.

Der Internationale Gewerkschaftsbund übernimmt die Aufgabe der Regierungen und ruft die Arbeiter aller Länder auf, ab Sonntag, den 20. Juni, jede Arbeit zu verweigern, die dem Ungarn des weißen Terrors direkt oder indirekt zugute kommen würde.

Ab Sonntag, den 20. Juni, darf kein Zug die ungarische Grenze passieren, kein Schiff in Ungarn einlaufen, kein Brief, kein Telegramm von oder nach Ungarn weiterbefördert werden. Der ganze Verkehr muß stillgelegt werden. Keine Sendungen, keine Postpakete, keine Lebensmittel, kein Brief und kein Telegramm dürfen mehr ins Land.

Während des Krieges hat die herrschende Klasse in den kriegführenden Ländern ihre Gegner mit der Hilfe des wirtschaftlichen Boykotts bekämpft. Nach dem Krieg gerahmte sie dieselbe Klasse und wußte sie wieder anzuknüpfen, um die russische Arbeiterbewegung zu ersticken.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ruft die Arbeiter aller Länder auf, nunmehr das selbe Mittel anzuwenden, um dem blutigen Terror der ungarischen Regierung Einhalt zu gebieten und Leben und Freiheit von Tausenden und Tausenden Genossen in Ungarn zu retten. Genossen! Transportsarbeiter, Seelente, Eisenbahnarbeiter und Bauern, Post- und Telegraphenangehörige, Arbeiter aller Berufe, kriegt alle wie ein Mann dem Ruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes Folge!

Verteidigt von Sonntag, den 20. Juni, an, keinerlei Arbeit mehr für Ungarn!
Gegen den weißen Terror der proletarische Boykott!
Nach die internationale Solidarität!

Der Internationale Gewerkschaftsbund:

S. A. Appleton, Vorsitzender.

E. J. Joseph, Generalsekretär.

Das Komitee, J. D. Dreyfus, Sekretär.

Bei den heutigen Verhandlungen über den Aufbruch haben sich die Vertreter der Verbände der Verbände der Eisenbahner, der Kaufmänner und Heizer, der Transportsarbeiter und der Arbeit-

Die Gipfel glühen!

Und aufwärts geht es Schritt vor Schritt,
Viel Hunderttausend schreiten mit;
In qualendunkle Seelen bricht
Der Höhe klares Sonnenlicht:
Die Freude am Leben.

Wir lagen tief in Not und Schmach,
Bis unseres Wesens Siegel brach,
Bis über uns der Schutt zerfiel
Unter der Faust, die sich erhob,
Uns zu zerhimmelt.

Da redt empor aus dunkler Haft
Ihr blondes Haupt die Volkskraft;
Da fühlten wir an Schlag und Stoß,
Am Strom, der heiß zu Herzen schloß,
Blut in den Adern.

Da lebten wir die schwere Zeit.
Ein harter Lehrtuch war das Leid:
Es lehrte uns zusammenstehen,
In klirrenden Ketten vorwärtsgehen,
Uns bäumen und wehren!

Und rasch verranste Jahr um Jahr,
Vertlungen ist, was damals war.
Wo Wundergesichte blühten, gellt
Ein Tuba durch blaues Feld,
Eine Siegesfanfare.

Hent stehn wir da: in stolzer Wehr
Sind kriegerischer Miltz' anheer -
Statt Speer und Büchse Flug und Bell,
Der Zukunft Trost, der Menschheit Heil
In starken Händen!

Das Heer der Arbeit! Sein die Macht! -
Wie anders kam's, als ihr gedacht:
Das Schicksal sprach sein Donnerwort,
Und über eure Köpfe fort
Irgott seine Stimme.

Sein ist der Hitz, der züngelnd brennt;
Er schlägt in euer Parlament.
Er frist, was faul und modrig war -
Durch Rauch und Dünste ringt sich klar
Die ewige Sonne.

Und vorwärts geht's mit hartem Schritt,
Und Millionen schreiten mit,
Und heißen Rehen bricht ein Schrei:
Das Ziel ist nah - so licht - so frei!
Die Gipfel glühen!

Klara Müller-Jahst 1.

gemeinschaft freier Angestelltenverbände für die Durchführung des Boykotts gegen Ungarn erklärt. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes, der gleichfalls zu der Sitzung geladen war, hatte keinen Vertreter entsandt.

Berlin, 11. Juni 1920.

Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

C. Legien.

Sozial-Attachés.

Der internationale Gewerkschaftskongress, der im vorigen Jahre in Amsterdam tagte, hat bekanntlich einen Antrag Appleton-Jouhaug-Sassenbach angenommen, durch den die Regierungen angefordert werden, den Gesundheitsfragen in den hauptsächlich in Betracht kommenden Ländern Sozial-Attachés beizugeben. Bei der Berufung der Sozial-Attachés sollten die Gewerkschaften ein Vorschlagsrecht haben.

Die Regierungen von Deutschland, Norwegen und Schweden sind bereits in einzelnen Fällen dem Amsterdamer Beschluß nachgekommen; es muß aber darauf hingewiesen werden, daß Italien schon seit Jahren eine ähnliche Einrichtung ins Leben gerufen hat. Die Adetti all'emigrazione, die in verschiedenen Ländern tätig sind, haben im allgemeinen die Aufgabe von Sozial-Attachés zu verrichten.

Was sind nun die Aufgaben eines Sozial-Attachés? Sie können zunächst nur im allgemeinen angedeutet werden, das weitere muß die Erfahrung lehren.

Der Sozial-Attaché muß die Arbeitsverhältnisse und die Sozialgesetzgebung seines eigenen Landes genügend kennen, um in dem Lande, wo er seinen Sitz hat, der Regierung, den Parlamentariern, der Presse sowie den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sachverständige Auskünfte erteilen zu können. Selbstverständlich muß er in bezug auf die Gesetzgebung nicht allein wissen, was zur Zeit Geltung hat, sondern auch, was in der nächsten Zeit in Aussicht genommen ist. Er muß zu diesem Zwecke die Presse seines Heimatlandes genau verfolgen und das einschlägige Material sammeln. Die Regierung muß ihn stets über ihre sozialpolitischen Pläne auf dem laufenden halten.

Unterstützt muß er die Arbeitsverhältnisse und die Sozialgesetzgebung des Landes studieren und beobachten, in dem er tätig ist, um den Behörden, den Parlamentariern, der Presse und den Organisationen des eigenen Landes jederzeit Auskunft geben zu können, abgesehen von den laufenden Berichten, die er seiner Regierung zu liefern hat.

Der Sozial-Attaché muß den Arbeitsmarkt in beiden Ländern genau verfolgen, um in Fragen der Ein- und Auswanderung sachverständigen Rat zu geben. Er muß wissen, welche Arten von Arbeitern in dem einen oder anderen Lande gebraucht werden und in welchen Orten man diese Arbeitskräfte verlangt. Es ist zu wünschen, daß es unter Beihilfe der Sozial-Attachés gelingt, Ein- und Auswanderung so zu organisieren, daß der einzelne Arbeiter mit Bestimmtheit weiß, wo er Arbeit finden kann, so daß unnützes Hin- und Herreisen und viel Verdruß erspart wird.

Diese Regelung, die sich auch auf die Befahrung des Arbeitsverhältnisses, auf den persönlichen Schutz des Arbeiters, auf Geltendmachung erworbener Rechte beziehen muß, kann im allgemeinen nur durch Übereinkünfte zwischen den Regierungen unter Mitwirkung der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgen. Solche Übereinkünfte anzuregen und vorzubereiten, ist ebenfalls Aufgabe des Sozial-Attachés.

Der Sozial-Attaché soll auch, soweit es über eine bürokratische Bearbeitung des Falles hinausgeht, im einzelnen die Interessen der Arbeiter und Angestellten seiner Nation im fremden Lande vertreten. Zu diesem Zwecke ist es nötig, daß er mit den Behörden sowie den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen seines Aufenthaltslandes in guten Beziehungen steht. In politischer Beziehung hat er sich selbstverständlich streng neutral zu verhalten.

Der Sozial-Attaché hat sich auch mit den Fragen zu beschäftigen und das Material darüber zu sammeln, die die Arbeiterchaft nur mittelbar berühren, zum Beispiel Genossenschaftswesen, Arbeiterbildungsvereine, Wohnungsfragen usw.

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, muß der Sozial-Attaché der Sprache des Landes mächtig sein, in dem er tätig ist; er muß auch die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse kennen und Geschichte und Literatur dürfen ihm nicht unbekannt sein. Verfügt er über persönliche Beziehungen im Lande seiner Tätigkeit, so kann dieses nur von Nutzen sein. Joh. Sassenbach.

Vom Reden und von Rednern.

In Zeiten weltbewegender Ereignisse, namentlich tiefergreifender politischer Umgestaltungen, wird sehr viel mehr öffentlich geredet als sonst. Das konnten wir in den letzten sechs Jahren deutlich merken, ganz besonders aber seit dem November 1918, denn nach dem Zusammenbruch des alten Deutschland fühlten sich gar viele berufen, Wege zur Rettung aus der Not zu weisen, selbst wenn ihr politisches und wirtschaftliches Wissen noch so beschränkt war. Nicht nur inhaltlich, sondern auch der Form nach, war vieles von dem rednerischen Gebotenen minderwertig, da sich Leute in der Kunst der Rede bemühten, denen die Natur die Gabe dazu verlagert hat, und andere mindestens der Schulung entbehren, denn auch öffentliches Reden muß gewöhnlich gelernt sein; nur wenige sind in dieser Beziehung so trefflich begabt, daß sie der Weisung und Übung entraten können. „Geborene Redner“ gibt es freilich, und zwar sowohl gute wie schlechte. Robert Niemann sagt zutreffend in seiner empfehlenswerten kleinen „Rednerschule“ (Leipzig 1920, Friedrichsche Verlagsbuchhandlung), daß es Leute gibt, „die nicht leben können, ohne zu reden und dafür bezahlt zu werden“. Das sind „Affektredner“, die stets über irgend etwas empört sind, die auch am leichtesten die Farbe wechseln, über Nacht etwa vom Aldeutschen zum Kommunisten werden können. Solch ein Redner „ist genau so ein Stimmungsmensch wie der Dichter, der heute die Menschheitsverbrüderung, morgen den feldgrauen Feldern und übermorgen die siegreiche Revolution feiert. Erlebnis haben für ihn nur den Wert von Erregungsmitteln“. Der Redner aus innerlichem Zwang bringt in der Regel nicht je seine Kenntnis oder seine Meinung zum Ausdruck, sondern durch ihn drückt sich die Seele der Masse aus. Die Masse redet durch ihn, weshalb er zustimmende Neuerungen aus der Zuführerschaft begeistert aufnimmt und durch sie ins Feuer gerät. Die Zuhörer werden gerade deshalb gefesselt, „weil sie nur das hören, was sie selbst denken und vor allem fühlen. Sie können sich nicht so gewandt und wirkungsvoll ausdrücken wie er, aber sie möchten es gern und freuen sich, wenn er statt ihrer das richtige Wort findet. Sie folgen gespannt und warten, ob er nicht den wichtigsten Punkt vergißt, an den sie gerade denken. Aber wie sollte er vergeßen? Die Vorkstellungen laufen in seinem Kopfe genau so ab wie in dem ihrigen; er ist immer gerade da, wo sie ihn haben wollen. Er kommt niemals aus dem Konzept, weil er leins hat.“

Überhaupt charakterisiert Niemann den „Redner auf Wunsch“. Bei dem sein wolkenden Redner, der von einer Niedertracht abliebt, fängt die Versammlung bald an, unruhig zu werden, und „wenn man nichts mehr verstehen kann, inzentieren einige Späzspiegel sinnlos Weisheit, andere rufen: Schluß! Schluß! Der Vorleser erhebt sich und bittet mit schneidender Fronte um Ruhe, damit der Herr Redner seine Vorlesung zu Ende führen kann. Der Unglückliche wirft mit stieren Augen einen Blick ins Publikum, landet dann reitungslos wieder beim Manuskript und liest mit steigender Hast weiter, bis er fertig ist und zum Plage zurücktritt. Man weiß eben, daß gute Redner im Saale anwesend sind, und ist deshalb schonungslos gegen den Stümper, der sich vordrängt, statt sie sprechen zu lassen.“ Besser geht es mit dem Ablefen vor einem kleinen Kreis von Vereinsgenossen. Über selbst da darf man sich keiner Zäufung hingeben, selbst wenn es sich um jemanden handelt, der wirklich etwas zu sagen hat und es im Gespräch mit einem Freunde oder einigen Fremden ganz gut zu sagen versteht. Der Unterschied zwischen zwei oder drei Personen und 25 und 30 erscheint nicht groß, aber er macht für die meisten Menschen doch viel aus. Wer keine rednerische Übung hat, kann die eine solche Zuhörerzahl schon aus der Fassung gebracht werden. Ligt er sich abspredken, so ist es ein Fehler, denn „wenn er nach 14 Tagen wieder spräche, würde er vielleicht allmählich lernen, den Bettelberg zu Hause zu lassen. Er würde nur einige Notizen mitbringen. Ein geborener Redner kann er natürlich nicht werden; das ist man aber ist es nicht. Aber er wäre auch nicht mehr der hilflose Redner auf Wunsch,

Die Einwirkungen der Umwelt auf die Volkswirtschaft.

In der Volkswirtschaftslehre unterscheidet man drei Produktionsfaktoren: Land, Kapital und Arbeit. Jeder der Faktoren hat die Arbeit ist viel gefährlicher und gerader werden weniger von dem Willen der Natur und ihrer Einwirkung auf die Menschen, die Volkswirtschaften und die Kultur abhängen. Und doch bestimmt gerade die Art der Natur (im weitesten Sinne) die Entwicklung der Menschheit ganz wesentlich. Die Geschichte wird in dem weitestgehenden Sinne angedeutet: Der Mensch ist ein Produkt seiner Beschaffenheit. Allerdings ist damit häufig gesagt, nicht der einzelne Mensch, sondern die Menschheit als Ganzes, und es ist, wenn man keine Klümpchen haben will, es genau, wie er ist. Der Mensch ist ein Produkt seiner Beschaffenheit. Die Natur umgibt den Mensch mit einem bestimmten Rahmen, den er nicht verlassen kann.

Die Natur wirkt auf die Veranlagungen und den Charakter des Menschen ein. Klima, Wasser und Mensch, Genetik, Erziehung, Erbanlagen zusammen bilden eine bestimmte Art von Mensch. Die Natur umgibt den Mensch, der in eine ganz andere Gestalt verplant und gewirkt ist, was die Veranlagungen des Menschen zu bringen, er kann sich umformen (wie man es sagt) werden, aber mit der Zeit werden er und seine Nachkommen fast von der neuen Umwelt bestimmt, sie werden in manchen Imperien und gewirkt umgebildet. Diese Veranlagung wirkt sich sehr stark aus. Während der Mensch glaubt, daß die Umwelt den Menschen zu machen vermag, ist das auch, wie er von der ihm umgebenden Natur umgibt. Allgemein gesprochen: Der Mensch empfängt von der Natur ein gewisses Erbe. Das Erbe des Menschen ist ein passives Erbe, das die Natur dem Menschen vererbt hat. Das Erbe des Menschen ist ein passives Erbe, das die Natur dem Menschen vererbt hat. Das Erbe des Menschen ist ein passives Erbe, das die Natur dem Menschen vererbt hat.

die Natur unterwürdig zu machen oder sie zu beherrschen. Das aber erfordert einen großen Kampf oder wenn man dieselbe Aufgabe anders ausdrücken will: ständige geistige und körperliche Arbeit.

Im Kampf mit der Umwelt entwickelt sich der Mensch, sie drückt ihn bis zu einem gewissen Grade ihren Stempel auf. So sind Nationen, Völker, Völkern und Volksgemeinschaften entstanden. Jede Menschengruppe „ist zunächst eine amerikanische Persönlichkeit, steht an einem Land, und dessen natürliche Ausstattung weist ihr Möglichkeiten und Wege der Entwicklung oder zumindest der Hebung, über die hinaus auf die Zukunft und auf die Hebung ihrer Bestimmung sowie auf die Art, Zahl und Richtung ihrer gesellschaftlichen Einrichtungen.“ Nach der Auffassung Kappels hat die Umwelt an dem großen Kampfe um ihren Anteil. Die Erdoberfläche hat einen Inhalt von 509 951 Quadratkilometern, davon kommen 155 918 (oder 28,6 Prozent) auf die Landfläche und 354 033 (oder 71,4 Prozent) auf die Wasserfläche. Das Meer ist ein großer Faktor auf das Klima, der an je engeren Ländern aus. Es nimmt die Wärme leichter auf als das Land und hält sie besser fest, die auf dem Festland großen Abstände der Wärme bei Tag und bei Nacht zwischen Sommer und Winter und die Wärmeabstrahlungen von Jahr zu Jahr sind daher zur See (und auf dem Lande, soweit der Einfluß des Ozeans reicht) mehr ausgeglichen. Schwiedland, kein dies angenommen ist, macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß die Höhe, Größe und Gestalt, Rumpfbau, Gebirgsbau und die Art der Landschaft der Menschheit wichtig für Klima und Fruchtbarkeit und Fruchtbarkeit eines Landes ist, oder dafür, daß es selber nach auswärtigen Verhältnissen bauer.

In der vorher genannten Landschaft sehen wir eine Ebene, die sich nicht für die Bodenbearbeitung eignet, etwa die Hälfte davon ist Wüste, Steine, Sand, Eisfeld, Fels. Unter Kultur steht ungenutzter ein Drittel des Bodens. Ein großer Teil der ungenutzten Böden liegt brach oder ist in Waldungen angelegt. Ganz allgemein verhält man unter Boden die oberste, durch Verwitterung entstandene Erdschicht. Pflanzenboden ist solcher, auf dem irgendwelche Gewächse gedeihen, Ackerboden aber nur solcher, der geeignet ist zum Anbau landwirtschaftlicher Pflanzen. Nach den Angaben der Sachverständigen ist der Boden durch Verwitterung sehr langsam entstanden durch Verwitterung. Diese Um-

bildung geht, noch täglich vor sich. Allerdings, viele, viele Jahre sind nötig, aus Felssteinen oder flüssigen Boden zu machen. Die Fruchtbarkeit des Bodens hängt aber nicht allein von der Art und Zusammenfügung der Erdoberfläche ab, sondern auch von der Wärme und der Feuchtigkeit. Von der Gestaltung des Bodens, von der örtlichen Wärme und Feuchtigkeit hängt die Art der Pflanzen und ihre Zusammenfügung (für etwaiger Nährstoff) bestimmt. So wird z. B. berichtet, daß die Eigenart des Hochplateaus von dem Salzgehalt des Bodens herrührt, auf dem die Sojapflanze gedeihen werden. Ähnlich verhält es sich mit dem Hochland- und Schweißelände. Nicht in Milch, aber ihre Zusammenfügung ist je nach der Beschaffenheit des Futters, das die Milchkühe fressen, verschieden, und diese Verschiedenheit genießen wir in der Butter oder im Käse. Wir merken dies ja schon an der Riegenmilch. Der oberste Bodenschicht denkt, die Ziege frist doch dasselbe Futter, also müßte sie auch dieselbe Milch geben. Ganz abgesehen davon, daß jede Milchkühe ihren eigenartigen Aufbau hat, fressen auch die Tiere der Weide nicht dieselben Pflanzen. Die einen fressen den oberen Teil lieber, die anderen den unteren, die einen fressen diese Grasart lieber, die anderen eine andere. Es zeigt sich eben da die Einwirkung der Umwelt auf die Tiere. Da, wo die Tiere ursprünglich lange gehalten haben, da haben sie sich an die dortigen Pflanzen angepasst, und diese Anpassung wird noch lange fort, wenn die Tiere in eine andere Gegend kommen. In den Pflanzen der neuen Gegend suchen sie nach die allen gemeinsamen Bestandteile der früheren Nahrung. Mit der Zeit passen sie sich aber immer mehr dem neuen Standort an.

Ganz gewaltig wirkt das Erbe auf die Entwicklung des Körpers und des Geistes seiner Bewohner ein. Das ist zu verstehen: Lust und Eifer sind da anders, es muß unablässig und fleißig gearbeitet werden. Die Menschen sind da verschieden, unzugänglich, jähmühevoller. Umgekehrt ist es mit den Bewohnern der Ebenen. Die Böden sind hier fruchtbarer, sie geben ihre Produkte leichter, und sie liefern mehr. Die Bevölkerung ist hier zugänglicher, freier, leidlicher. Diese und ähnliche Eigenschaften wirken bei den in die Städte Abwandernden noch lange nach. Sie sind die Ertrücker und Auftrücker der städtischen Bevölkerung, sie bringen neues Leben, andere Sitten mit, und das ist für die Entwicklung der Städte sehr wichtig.

sondern würde sich unter Umständen stufenweise zum geschulten Arbeiter entwikkeln, der nicht am Manuskript lebt, sondern stets in lebendigem Zusammenhang mit seinen Zuhörern bleibt."

In seinem zeitgemäßen Buch handelt Niemann von Medner und Manuskript, Wortwahl und Vortrag sowie von den Beziehungen zwischen Medner und Zuhörer. In einem Schlusskapitel werden berühmte Medner vorgestellt, von Demosthenes und Cicero bis Erzberger und Moske. Von den Rednern der modernen Zeit wird Wilhelm II. am ausführlichsten gewürdigt. Das Bild, das der Autor vor unserem Geiste erschaffen läßt, zwingt zu der Frage, wie es denn möglich sein konnte, daß der große Teil des Volkes so lange die Wirklichkeit nicht sah oder sehen wollte.

Nur Arbeit kann uns retten.

Man hört diese Worte seit dem durch den Krieg hervorgerufenen Zusammenbruch Deutschlands immer wieder aufs neue. Arbeit, damit die Industrie in der Lage ist, Produkte ins Ausland auszuführen, denn nur dann wird es möglich sein, unsere Valuta zu haben und Lebensmittel aus dem Ausland einzuführen. Ganz abgesehen noch von der Frage, welche von den Deutschnationalen und der ihr verwandten Deutschen Volkspartei gegen den Achtstundentag während der Wahlkampagne und, sagen wir es offen, nicht zuletzt auch von den Wahlrednern des Zentrums und der Demokratie getrieben wurde. Und hören und hören wir nicht jeden Tag, wo wir mit den Unternehmern zu Lohnverhandlungen zusammenkommen, daß der Achtstundentag für das Chaos, in welchem sich unsere gesamte Wirtschaft befindet, schuld sei?

Die deutsche Arbeiterschaft hat trotz ihrer physischen und psychischen Entfristung durch den Krieg und der völlig unzureichenden Ernährung ihre letzten Kräfte angepannt, um einen möglichst hohen Stand der Produktion zu erzielen. Die Industrie war bald exportfähig, und große Mengen Produkte aller Art wurden ins Ausland ausgeführt. In der Produktionsherzeugung setzte ein förmliches Jagen ein. Die Tagelohnarbeit wurde durch Akkorarbeit abgelöst.

Im Inland wurden große Mengen von Waren aller Art zurückgehalten, um durch die steigende Nachfrage die Preise bis ins Unendliche zu steigern. Die Warennot unter dem deutschen Volke wurde zum Ausbeutungssubjekt.

Die Preisschraube bewegte sich in solch raschem Tempo, daß ein Schrittfall der Wöhne unmöglich war. Diese blieben weit hinter dem zurück, was die Lenkung als Existenzminimum erforderte. Wird bei den Lohnverhandlungen auf das wahnsinnige Preistreiben hingewiesen, so finden die Unternehmer die dreiste Ausflucht, daß dieser Zustand wiederum den Lohnsteigerungen zuzuschreiben sei.

Waren denn die dauernden Lohnbewegungen nicht eine notwendige Folge der unaufhaltbaren Preistreiberien, ohne daß für die Arbeiter, trotz der dauernden Lohnsteigerungen, eine Besserung ihrer Lebenslage eintrat?

Die Preise unserer Produkte hatten trotz des schlechten Standes unserer Valuta bald die Weltmarktpreise erreicht, ja sogar überstiegen. Der Export kam ins Stocken. Im Inlande fanden die Produkte trotz der großen Warennot keinen Absatz. Man spricht von Kaufunlust. Der richtige Ausdruck aber ist Kaufunmöglichkeit, denn bei den teuren Preisen und den derzeitigen Löhnen ist es der Arbeiterschaft unmöglich, sich auch nur mit dem notwendigsten Bedarf von Waren zu versehen.

Die Folge dieses Zustandes ist eine allgemeine Wirtschaftskrise, durch welche bereits eine große Arbeitslosigkeit einsetzt. Die in den Tageszeitungen angekündigte Preissturzelle hat sich sehr rasch wieder geglättet, so daß kaum etwas zu spüren ist.

Für manche wichtigen Lebensmittel trat im Gegenteil eine Verteuerung ein. Die Lebenslage der Arbeiterschaft erforderte eine neue Lohnsteigerung, um einen wirklichen Ausgleich zwischen der verteuerten Lebenshaltung und dem Einkommen herbeizuführen. Hierzu kommen noch die ganz erheblichen Steuererhöhungen, die für den Arbeiter eine Verabsicherung des absolut notwendigen Einkommens bedeuten.

Den in den letzten Wochen von der Arbeiterschaft gestellten Forderungen wurde von dem Unternehmertum der gesamten Industrie, getrieben nach der Parole des deutschen Arbeitgeberverbandes, eine entschieden ablehnende Stellung eingenommen. Man stellt den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nicht nur ein entschiedenes „Nein“ entgegen, sondern glaubt die Zeit für gekommen, einen Abbau der derzeitigen Löhne vornehmen zu können. Durch diesen Zustand wird der Wirtschaftskampf der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage schärfere Formen annehmen. Die schlechte Lebenshaltung, in der sich die Arbeiterschaft gegenwärtig noch befindet, zwingt, mit allen Mitteln dafür einzutreten, eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen.

Eine Gesundung unserer allgemeinen wirtschaftlichen Lage ist im Reichen kapitalistischen Profitjagd unmöglich. „Nur Arbeit kann uns retten.“ Arbeit bedingt aber auch einen Absatz fertiger Produkte. Solange jedoch aus purer Profitjagd notwendige Waren für die Allgemeinheit zurückgehalten werden, um durch eine steigende Nachfrage Preise und Profitmöglichkeit zu erhöhen, wird an Stelle der uns allein rettenden Arbeit die verderbende Arbeitslosigkeit treten. Die kapitalistische Wirtschaftproduktion in ihren bisherigen Formen und Wirkungen treibt zur Katastrophe.

Um einem weiteren Umsichgreifen der wirtschaftlichen Kollage der deutschen Arbeiterschaft wirksam entgegenzutreten, ist es Aufgabe der Gewerkschafts- und der politischen Vertreter der deutschen Arbeiterschaft, neben der Erwirkung eines raschen Abbaues der Preise für Lebensmittel und Verbrauchsartikel auch ein rascheres Tempo auf dem Wege der Sozialisierung einzuschlagen. Produktion durch die Gesellschaft für die Gesellschaft muß die Parole im Interesse des allgemeinen Wohles sein.

H. Straßer, Waldshut.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Die neugefaltete Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Zu den wichtigeren sozialpolitischen Errungenschaften der neuen Zeit gehört die Mutterkassensicherung. Durch eine ganze Reihe von Gesetzen und Verordnungen ist sie ständig weiter gebildet worden. Das Gesetz vom 26. September 1919 sah alle die Bestimmungen einheitlich zusammen. Da es aber noch große Mängel enthielt, mußte es neu formuliert werden. Das ist nun jetzt geschehen; die Nationalversammlung hat ein neues Gesetz beschlossen, das am 30. April 1920 in Kraft tritt. Es bringt wieder ansehnliche Verbesserungen.

Die Leistungen werden allerdings im allgemeinen dieselben. Es wird ein einmaliger Beitrag zu den Kosten der Einbindung von 50 Mk. gewährt. Auch das Wohngeld bleibt in der Höhe des Krankengeldes, jedoch muß es mindestens 1,50 Mk. täglich betragen und wird auch Sonn- und feiertags gewährt. Die Unterstützungsdauer beträgt zehn Wochen, von denen vier Wochen in die Zeit vor und sechs in die Zeit nach der Entbindung fallen müssen. Das Wohngeld für die ersten vier Wochen ist mit dem Tage der Entbindung fällig. Die Beiträge für die Behandlung der Schwangeren sind ebenfalls auf den Betrag des halben Krankengeldes, mindestens aber 75 Pf. täglich und auf die Dauer von zwölf Wochen beschränkt. Durch die Einführung einer Krankenkasse kann das Wohngeld auch höher als das Krankengeld, und zwar bis zu drei Vierteln des Grundlohnes, bemessen werden. Besteht eine Wöchnerin während der Zeit der Fürsorge die Krankengeldfähigkeit, so bleibt die erwerbsfähige Kasse für die weitere Durchführung der Leistung zuständig. Sowie eine Wöchnerin, so werden noch fällige Bezüge an denjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt.

Der Kreis der Anspruchsberechtigten bleibt auch im allgemeinen derselbe. Er besteht aus: 1. der selbst bei einer Krankenkasse versicherten Wöchnerinnen. 2. den Familienangehörigen

Geid einig!

Den dünnen Stab zerbricht mit leichter Kraft
Der Schwache Knabe;
Wenn zu dem Stabe
Man tausend andre solcher Stäbe schafft
Und sie mit einem festen Band umkreist,
Dann widersteht der stärksten Riesenkraft,
Die dieses schwere Bündel brechen möchte,
Das enggedrängte, dicke Stabgeflecht.

Dies Gleichnis sagt, daß mit der Einzelmacht
Es nicht getan ist,
Daß es ein Wahn ist,
Wenn einer je in seinem Sinn erdacht,
Daß er allein genügend Kraft entfacht,
Um einer starken, überlegenen Macht
Die Stäbe zu brechen und sich zu erdreisten,
Ihr gar erfolgreich Widerstand zu leisten.

Die Einigkeit allein macht stark zur Tat!
Es gibt auch Stäbe
Und Riesenkraft
Dem Arbeitervolk, dem Proletariat!
Schwach ist der einzelne! Soll grüne Saat
Euch spreizen, frodernd heilige Zukunftsmahn,
Dann dürft ihr nie vereinzelt um das Heil euch mühen,
Nur aus der Einigkeit kann euch das Heil erblühen!

A. S.

von Krankenkassensmitgliedern (Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegekinder, die mit in der häuslichen Gemeinschaft leben), und 3. den „minderbemittelten“ Wöchnerinnen. Eine Beschränkung tritt insofern ein, als Familienangehörige nur Anspruch haben, wenn die Versicherten im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch gegen Krankheit, wenn auch bei verschiedenen Kassen, versichert waren. Es sind dies dieselben Voraussetzungen, die auch die selbst versicherten Wöchnerinnen erfüllen müssen. Es ist somit nur eine gewisse Gleichmäßigkeit eingeführt worden. Eine selbstverschuldeten Familienangehörige hat nur auf Grund ihrer eigenen Mitgliedschaft Anspruch. Eine Tochter, deren Vater und Mutter verschiedenen Kassen angehören, kann selbst wählen, welche Kasse sie in Anspruch nimmt. Die Familienangehörigen erhalten die oben angegebenen Mindestbezüge, die Zahlungen der Krankenkassen können sie aber erhöhen. Die Bestimmungen darüber, wer als „minderbemittelt“ gilt, sind verbessert worden. Minderbemittelt ist eine Wöchnerin, wenn ihr und ihres Ehemannes Gesamteinkommen oder, sofern sie allein steht, ihr eigenes Einkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von 4000 Mk. nicht übersteigt. Dieser Betrag erhöht sich für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 500 Mk. „Minderbemittelt“ kommt auch nur in Frage, wer nicht auf Grund eigener Versicherung oder als Familienangehörige Ansprüche besitzt; die Minderbemittelten erhalten die oben angegebenen Mindestleistungen. In der Landwirtschaft beschäftigte Personen und Dienstboten, die von der Krankenversicherung befreit sind, haben die Wochenhilfe von ihrem Arbeitgeber zu verlangen, der sie aus eigenen Mitteln leisten muß.

Einen großen Fortschritt bringt das neueste Gesetz damit, daß es nunmehr klar bestimmt, daß die Leistungen an uneheliche Wöchnerinnen nicht von den Kindesvätern zurückgefordert werden können. Damit ist dem jahrgewandelten Streit darüber, ob und in welchem Umfang die unehelichen Väter verpflichtet sind, den Krankenkassen Ersatz für Wochenfürsorge zu gewähren, endlich beseitigt. Die unehelichen Wöchnerinnen haben nunmehr doppelte Ansprüche: nämlich an die Krankenkasse, wenn sie zu dem Kreise der Bezugsberechtigten gehören, und an den unehelichen Vater. Bei der immer noch gegebenen Beschränktheit beider Bezüge sind sie den Wöchnerinnen nur zu zönnen.

Alle Leistungen werden nach wie vor von den zuständigen Krankenkassen gewährt. Die „minderbemittelten“ Wöchnerinnen, die also keine Beziehungen zu einer Krankenkasse haben, müssen sich an die Allgemeine Ortskrankenkasse ihres Wohnortes wenden. Die Kassen haben die Fürsorge für selbstverschuldeten Wöchnerinnen voll aus eigenen Mitteln zu leisten. Für Familienangehörige von Versicherten werden ihnen die Aufwendungen zum Teil für „Minderbemittelte“ ganz ersetzt. Das Gesetz ist mit dem 7. Mai 1920 in Kraft getreten. Wer bis dahin auf Grund des alten Gesetzes Ansprüche hatte, behält diese weiter, sofern sie günstiger sind.

Ueberanstrengende Arbeit

hat das Proletariat stets geleistet. Nach einer Arbeit von Dr. Opitz in der Vierteljahrschrift für gerichtliche Medizin und öffentliches Sanitätswesen ist ein großer Teil des Proletariats mit beruflichen Fehlern behaftet. Schon beim jugendlichen Proletariat treten diese Schäden auf, die auf die Ueberanstrengung im Beruf zurückzuführen sind. Darum ist auch die Sterblichkeit der jugendlichen deutschen Arbeiter größer als in England. Opitz verlangt deshalb einen ausgeprägteren Schutz der jugendlichen Arbeiter und ärztliche Berufsberatung. Auch sei der Arzt mehr als bisher zum Gewerbeaufsichtsdienst heranzuziehen. Es bedarf allerdings recht deutlich den mangelnden Sinn für Arbeiterhygiene, daß diese Gewerbeaufsicht noch fast nur von technisch-vollwirtschaftlich gebildeten und hierin meist kapitalistisch verdrängten Beamten vorgenommen wird.

Genossenschaftsbewegung.

Der Vorzug der Konsumgenossenschaftlichen Bedarfsdeckung.

Mit zwingender Gewalt drängt die Entwicklung von der plan- und systemlosen kapitalistischen Profitwirtschaft zum organisierten vollkommeneren System der genossenschaftlichen Warenversorgung. Wie vorteilhaft sich gegenwärtig bereits die kräfte-sparende Organisation der Konsumgenossenschaft abhebt von der Privatwirtschaft, sei an zwei Beispielen gezeigt, die darstellen, welche enorme Zersplitterung bei der Verteilung der zwangsbewirtschafteten Waren vorhanden ist. In Gera kamen in der Mitte des vergangenen Jahres für die Warenverteilung des Konsumverbandes insgesamt 130 Läden in Betracht mit einer Kundenzahl von 48 714; davon entfielen auf die fünf Läden des Konsumvereins 9271 Kunden, auf die übrigen 125 Läden deren 39 543. Während auf je einen Laden des Vereins im Durchschnitt 1854 Kunden entfielen, kamen auf ein Privatgeschäft nur 731. In Altenburg kommen für die Verteilung außer sechs Großisten als Oberverteilern 98 Kolonialwarengeschäfte in Frage. Der Konsumverein hat in seinen fünf Verkaufsstellen mehr als ein Viertel der gesamten Bevölkerung als Kunden bei rund 3500 Mitgliedern. Bei der Brot- und Mehlversorgung das gleiche Bild. Während 10 Betriebe unter 1 Zentner, 50 bis zu 10 Zentner, 53 bis zu 50 Zentner lieferten, lieferte der eine Konsumvereinsbetrieb 270 bis 300 Zentner. Bei diesen Vergleichen ist zu berücksichtigen, daß sich die Zahlen, wie erwähnt, auf die Mitte des vergangenen Jahres beziehen; seit dieser Zeit haben beide Vereine eine beträchtliche Mitgliederzunahme erfahren. Das Verhältnis hat sich infolgedessen noch weiter zu deren Gunsten verschoben. Wie hier, so liegt es überall.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Gefahren des schnellen Anwachsens der Mitgliedschaft.

Unter der Ueberschrift „Gewerkschaften und neue Mitglieder“ bringt „The Democrat“ in seiner Nr. 49 folgende, dem „International Moulders Journal“ entnommene Ausführungen, die nicht nur auf England und die Vereinigten Staaten zutreffen: „Jeder Teil der menschlichen Tätigkeit ist durch das Ergebnis des Krieges von Grund aus beeinflusst worden. Besonders die Gewerkschaftsbewegung ist gezwungen, sich neuen Fragen zuzuwenden, von denen einige nicht schon in einem Tage gelöst werden können.“

In mehr als einem europäischen Lande vergrößerte sich die Mitgliedschaft der Gewerkschaften während des Krieges und noch mehr nach dem Waffenstillstand. Der Zuwachs der Mitgliedschaft stammte weitaus von solchen, die vor dem Kriege nicht geneigt waren, an der Verantwortlichkeit der Gewerkschaften teilzunehmen oder ihren Beitrag zu dem allgemeinen Säckel zu leisten, aus dem die Gewerkschaften ihre satzungsmäßigen Ausgaben befreiten.

Man hat uns mitgeteilt, daß einige Gewerkschaften auf dem Festlande jetzt eine vielmal größere Mitgliedschaft haben als vor dem Kriege und daß diese neuen Mitglieder überzeugt sind, daß sie viel besser geeignet sind, zu wissen, wie die Gewerkschaften geleitet werden müssen, als diejenigen, die schon vor dem Kriege Gewerkschafter waren. Auf der Seite derer, die außerhalb der Gewerkschaften standen, herrscht die Ansicht vor, alles besser zu wissen und den Rat und die Befehle derer in den Wind zu schlagen, die schon seit Jahren Gewerkschaftsmitglieder sind. Sie haben das Bestreben, alle gesammelten Erfahrungen wegzuwischen, die die Gewerkschaften mühsam erlernt haben, und die Organisation in Bewegungen zu stützen, von denen erfahrene Gewerkschafter wissen, daß sie selbstmörderisch sind.

Es kann auch in der Gewerkschaftsbewegung eine zu schnelle Organisation geben, ebenso wie es im Heere eine zu schnelle Rekrutierung geben kann. Große Zahlen können ebensowohl Schwäche wie Stärke bedeuten; Zahlen fallen nur dort ins Gewicht, wo eine genügend disziplinierte Organisation vorhanden ist, wo die Massen zu befähigen, unter weiser Leitung zusammenzuwirken.

Der Gewerkschafter wird nicht in einem Tage gemacht, auch nicht in einer Woche. Dazu gehört noch etwas mehr als die Aufnahme und die Unterschrift auf der Mitgliedskarte. Die Gefahren, die das schnelle Anwachsen der Mitgliedschaft zur Folge hat, haben sich schon hier und in Amerika gezeigt, wo große Massen von Leuten früher so sehr von ungewerkschaftlichem Geiste erfüllt waren, daß sie abgeneigt waren, Beiträge zu zahlen und sich der Gefahr einer Maßregelung auszusetzen, nunmehr jedoch Gewerkschaftsmitglieder geworden sind, nachdem Verträge mit der Regierung oder mit Behörden ihnen Schutz gegen Schädigungen gewährleistet im Verein mit den durch Tarifverträge bedeutend verbesserten Arbeitsbedingungen.

Weber in Europa noch in Amerika hat sich seit dem Kriege etwas ereignet, was die Gewerkschafter berechtigen würde, irgendetwas von der Handlungsweise abzuweichen, die sich früher als so erfolgreich erwiesen hat. Wenn diejenigen, die jetzt unter leichteren und ungünstigeren Bedingungen Mitglieder geworden sind, sich nicht dazu verstehen, zu erkennen, daß ihr Wohl davon abhängt, daß sie die Erfahrungen beherzigen, die organisierte Arbeiter schon haben durchmachen müssen, so können sie die Organisationen, von denen sie Mitglieder sind, in gefährliche oder unglückliche Unternehmungen stützen.“

Änderung der Verordnung über Tarifverträge usw. vom 23. Dezember 1918.

Das Reichsarbeitsministerium hat eine Verordnung betreffend Änderung des Abschnittes I der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) ausgearbeitet, die vom Reichsrat und dem zuständigen Ausschuss der Nationalversammlung angenommen ist und demnächst im Reichs-Gesetzblatt bekanntgegeben werden wird. Danach haben alle auf die allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen bezüglichen öffentlichen Bekanntmachungen von einem noch bekanntzugebenden Zeitpunkt an nicht mehr wie bisher im „Deutschen Reichsanzeiger“, sondern auf Kosten der Reichsamt für Reichsarbeitsblatt“ nach näherer Bestimmung des Reichsarbeitsministers zu erfolgen. Ferner wird bestimmt, daß die an einem Tarifvertrag als Vertragsparteien beteiligten Arbeitgeber und wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern innerhalb zweier Wochen nach Vertragsschluß dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung und den zuständigen Landesämtern für Arbeitsvermittlung je zwei Abschriften und dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten je eine Abschrift des Tarifvertrages nebst etwaigen Ergänzungen und Änderungen kostenfrei einzureichen haben. In gleicher Weise ist die Aufhebung oder Kündigung eines Tarifvertrages, letztere durch die kündigenden Vertragsparteien, unter Angabe des Zeitpunktes, an dem der Tarifvertrag abläuft, anzugeben. Werden diese Pflichten nicht erfüllt, so kann das Reichsamt für Arbeitsvermittlung gegen die Verpflichteten nach vorzeitiger Androhung Ordnungsstrafen bis zu 300 Mk. vorgehen.

Betriebsräte und Gewerkschaften.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß in seiner Sitzung vom 15. Juni, am 5. Juli d. J. eine Reichskonferenz von Vertretern der Agitationskommission nach Berlin zu berufen zwecks Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Zusammenfassung der Betriebsräte. In dieser Reichskonferenz soll auch über die Abhaltung von Bezirkskonferenzen in allen Agitationsbezirken und über die Einberufung eines gewerkschaftlichen Betriebsrätekongresses sowie über weitere erforderliche Maßnahmen entschieden werden.

Berichte aus den Zählstellen.

Bayreuth. Am Sonntag, dem 13. Juni, tagte in der Zentralsalle eine außerordentliche Generalversammlung. Auf der Tagesordnung stand Beitragserschöpfung. Kollege Gaurleiter (Bayreuth) erklärte in kurzen Zügen die Notwendigkeit einer Beitragserschöpfung, welcher von den Mitgliedern begeistert zugestimmt wurde. Die Mehrzahl der Kollegen und Kolleginnen haben verstanden, um was es geht. Kollege Vorländer (Bayreuth) machte den Vorschlag, für sämtliche Mitglieder 3 Mk. und für weibliche Mitglieder 2 Mk. vom 1. Juli an als Wochenbeitrag zu erheben. Dem wurde einstimmig zugestimmt. Unter Punkt „Verständenes“ wurden die Betriebsratsmitglieder im Betrieb Gangheim kritisiert, da sie einen Landesrat unterschrieben und die Höhe für einzelne Kolleginnen herabsetzten. Vier muß Absätze geschloffen werden.

Burgdorf (Gann). In der außerordentlichen Versammlung am 23. Mai begründete Kollege Grobe die Wahl eines Delegierten zur Konferenz der Konfektindustrie, indem er darauf hinwies, daß schon im vorigen Jahre eine Konferenz in Gildesheim abgehalten wurde, in

der die Richtlinien des Bezirksarbeitsrates festgelegt werden sollten. Diese Verhandlungen scheiterten aber an der Forderung der Arbeitgeber, die 6 Lohnklassen im Bezirksarbeitsrat festlegen wollten, während die Delegierten 2, im Höchstfalle 3 Lohnklassen zugestanden. Eine zweite Verhandlung, in welcher die Arbeitgeber 5 Lohnklassen verlangten, war auch resultatlos, eine dritte Verhandlung, in der die Arbeitgeber wieder eine Klasse abgelaufen hatten, ebenfalls. Daß der Bezirksarbeitsrat nicht zustande kam, lag hauptsächlich an der Gleichgültigkeit der Konferenzarbeiter. Wären dieselben reiflos organisiert gewesen, hätten die Arbeitgeber jedenfalls auch noch weiter nachgegeben. Nach alledem mußte man abwarten, was die diesjährige Kampagne bringt. Bei den Lohnforderungen wurde der Braunschweiger Tarif immer als Grundlage betrachtet und danach die Löhne in der Kleinstadt und auf dem flachen Lande festgelegt. In der letzten Zeit verlagte aber der Braunschweiger Pionierdienst darauf, daß sich die Burgdorfer Konferenzarbeiter genötigt fühlen, über den Braunschweiger Tarif hinauszugehen und sich durch einen Streik das zu erringen, was sie zu ihrem Lebensunterhalt notwendig gebrauchen. Kollege Grobe ermahnte die Konferenzarbeiter des flachen Landes, sich an Burgdorf ein Beispiel zu nehmen. Die Arbeitgeber haben nun bei dem Kollegen Gengen (Braunschweig) den Antrag gestellt, die Verhandlungen über einen Bezirksarbeitsrat wieder aufzunehmen. Der Hauptvorstand hat sich damit einverstanden erklärt und hat die Vorbereitungen dazu getroffen. Bisher soll aber erst eine Konferenz der Arbeitnehmer stattfinden. Als Delegierter zu dieser Konferenz wurde Kollege Grobe gewählt. — Auf der hiesigen Konferenzarbeit war die Arbeiterklasse nicht mit dem zur Zeit bestehenden Arbeiterrat zufrieden. Auf Grund des § 18 des Betriebsrätegesetzes, der besagt, daß, wenn 100 Saisonarbeiter im Betriebe arbeiten, eine Neuwahl des Arbeiterrates zulässig ist, hatten nun die Arbeiter einen neuen Arbeiterrat aufgestellt. Der Angestelltenrat protestierte hierauf durch öffentlichen Anschlag. Kollege Bauermeister stellte den Antrag, die Wahl des Arbeiterrates, wenn nicht anders möglich, durch die Ortsverwaltung einleiten zu lassen. Der Antrag wurde angenommen. Ferner wurde beschlossen, den Angestelltenrat aufzufordern, seine Protestnote bis zum 31. Mai zurückzunehmen. Kollege Ludwig stellte den Antrag, Kollege Grobe solle bei der Direktion der Konferenzfabrik vorjellig werden, damit sie die neu eingestellten Meister und Aufseher durch Anschlag bekanntgibt.

Dresden. In einer hiesigen Funktionärerversammlung für Verbandsangelegenheiten und Betriebsräte unserer Gewerkschaft am 8. Juni referierte Kollege Grobe über das Thema: „Die Situation im Wirtschaftsleben und die Taktik der Unternehmer und ihrer Verbände in Lohn- und Tariffragen und über die Tarifverhandlungen, insbesondere in der chemischen, losen, Lack- und Farbenindustrie, Sektion Va. Sachsen.“

In einer Zeit, wo es dem arbeitenden Volke am nötigsten mangelt, der Bedarf an allen zur Lebenshaltung nötigen Gütern riesengroß ist, sehen wir Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen auf der ganzen Linie.

Das von Unternehmern ebenfalls beklammerte Sinken, wie jetzt das Sinken der Salara, bringt natürlich die dadurch bedingte zügellose Gewinn- und Profitgier in Gefahr.

Der ganze Widerstand dieser Wirtschaftskräfte mit zugehöriger Arbeitslosigkeit, auf der anderen Seite das Ausschlaggebende, das Profitinteresse.

Das beliebte Schlagwort von den ungeheuerlich gestiegenen Löhnen, welche die Preise für alle Bedarfsartikel ins Unendliche treiben, wird ebenfalls bei allen Tarif- und Lohnverhandlungen als Schuld in den Vordergrund gestellt.

Nicht die Kaufkraft ist gesunken, sondern es höherer Löhne die Kaufkraft des arbeitenden Volkes. Nicht das Allgemeininteresse spielt eine Rolle, sondern der möglichst löbliche Verdienst dieser kapitalistischen Kreise.

Demnach doch eine ganze Reihe von Beispielen dahin, daß die Produktion eingeschränkt wurde, um die Preise hoch zu halten und jede Lohnforderung der Arbeiterklasse ein willkommenes Anlaß und Begründung war für ein so weit über das normale Maß hinausgehendes Hinweggehen der Warenpreise. Hat die Arbeiterklasse ein Interesse an möglichst hohem Lohn und Steigerung der Arbeitslosigkeit, so handelt man hier nach dem Motto: „Heiner Lohn, aber hoher Gewinn“, ob dabei Tausende Arbeitslose sterben, interessiert diese Kreise nicht. „Nach uns die Sintflut!“ ist ihr Slogan.

Deutlich spiegelt sich das Verhalten der Unternehmer, ob groß oder klein, bei den Tarifverhandlungen ab: den Lohnabbau nicht nur vorzuziehen, sondern auch vorzunehmen.

Die weitgehenden Arbeitsbeschränkungen werden zur Folge, wenn eine Steigerung des Gewinnes oder gar ein Stellen in Aussicht steht.

Warum doch nicht nur die Verhandlungen bei allen geistlichen Abhängigen ins Unendliche hinausgezogen, Schlichtungsverhandlungen machen sich in allen Fällen nötig, nur wenn bei Ausübung des Spruches ignoriert und jobotiert zu werden.

Das Slogan: „Arbeit, nur Arbeit kann uns retten.“ wird auch hier nur verwendet im Interesse der Vermehrung ihres Reichtums. Ist dies nicht möglich, dann legt man eben still, den letzten Krieg und Revolutionen dieser Kreise, ein Leben des wertvollen Volkes, verhängt es nicht, wenn nicht produziert wird.

Wird nicht mehr bezahlt in dieser Verammlung darauf hingewiesen: eine an einen Lohnabbau gebunden werden können, müssen nicht nur die Preise in dieser Linie ein einseitiges Maß abgebaut werden, sondern die Löhne überhaupt in ein einseitiges Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung gebracht werden.

Der Bericht des Kollegen Genge über die Tarifverhandlungen und den Widerstand in der chemischen Industrie gefiel vor allem die Betriebsratspolitik des Arbeitgeberverbandes. Sind doch zwei Monate verstrichen seit Eingabe unserer Forderungen, die wir nach Spruch der jeweiligen Schlichtungsinstitution zur eingehenden Lösung dieses Problems für welches die Responsabilität erstere wird, gelangt sind.

Auch hier werden sich die Anforderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht ohne Grund bemerken.

Der Bericht des Kollegen Junge über die Tarifverhandlungen in der Bergbauindustrie für chemie wie in der Bergbauindustrie ein deutliches Beispiel, wie weit der Gemeinwohl und des Fortschritts dieser Unternehmern für die soziale Lage der Arbeiterklasse geht. Waren die Verhandlungen ergebnislos, so erlaubte man sich den Spruch der persönlichen Schlichtungsinstitution nicht an. Der Arbeitgeberverband der Bergbauindustrie gibt durch Anschlag in dem Betriebe bekannt, daß wer sich nicht bis zum 10. Juni bereit erklärt, zu den alten Bedingungen zu arbeiten, als Gehalt zu zahlen, der Betrieb also eingestellt wird, aller Mitglieder des Arbeitgeberverbandes bei Arbeitsbeschränkungen verboten ist. Maßnahmen zu bilden.

So lag mir Lebensbedingte Probleme still. Das Volk hat kein Recht über den Lohn, es kann nur durch den Kampf zum Gewinn, aber der Unternehmern geht über diese Schmeicheleien.

Gemeinlich befindet unter allen Funktionären und Betriebsräten der Gewerkschaft, deren Dasein in der Schicht zu liegen, wenn die Arbeiterklasse der Arbeit immer weiter im Allgemeinen entgegen kommt, auch nicht zu sagen, daß die Arbeiterklasse der arbeitenden Massen nicht durch Profitinteresse und Abhängigkeit herabgewürdigt werden können. Das ist einseitig, Gegenstand.

Rundscha.

Unabhängige Ausgaben der Kriegsjahre.
Die bisher noch nicht angemessene Entschädigung auf reichliche Gewinnen Arbeitelöhne, Konsumgüter usw. der ehemaligen Kriegskriegsangehörigen wurden nunmehr bis zum 15. Juli 1920 durch die zuständigen Verwaltungsstellen früher Bestimmungswort, bei den zuständigen Abrechnungsstellen anzuwenden sein.
Somit bereits eine Anzahl der Kriegsjahre zurückzuführen hat und den Antragsteller der Bestände erstellt wurde, daß kein Antrag eingereicht ist, den die Abrechnung nicht anzuwenden zu werden. Die Abrechnungsstellen haben für jedes Kalenderjahr die Summe der angewendeten Beträge festzustellen und diese bis Ende Juli 1920 der

Zweigstelle der Generalkriegskasse, Berlin, Unterwasserstraße 7, mitzuteilen.
Ueber die Auszahlung wird dann weitere Veröffentlichung folgen.
Um weiteste Verbreitung dieser Mitteilung zum Wohle der Heimkehrer wird gebeten.

Nachrichten für Auswanderer.

Die Rückwanderung Deutscher nach Kamerun wird von den britischen Behörden nicht gestattet.
Die Einreise nach Nordamerika ist allgemein noch immer verboten. Ausnahmen werden nur in Einzelfällen gemacht. Die Schwierigkeiten lassen sich am ehesten für diejenigen umgehen, die in Amerika Verwandte oder Bekannte haben, die die Einreiseerlaubnis für sie erwirken. Die endgültige Entscheidung darüber, ob ein Ausländer sich in Amerika aufhalten darf, wird jedoch erst gefällt, wenn er sich auf amerikanischem Boden befindet. Es ist also unter allen Umständen eine risikante Sache. Der billige Ueberfahrtspreis nach New York beträgt zur Zeit 5616 Mark. Auch muß man bei der Ankunft noch so viel Geldmittel aufweisen, daß man sich und seine Familie eine Zeitlang ernähren kann. Früher betrug der jetzige Mindestbetrag 50 Dollar = 3200 Mark.
Es befinden sich zur Zeit noch immer deutsche Zivil- (Kriegs-) Gefangene in amerikanischen Gefängnissen!
Aus einem umfangreichen und sehr eingehenden Briefe aus Mexiko ergibt sich auch neuerdings, daß dieses Land für auswanderungslustige Arbeiter so gut wie gar nicht in Betracht kommt. Eine bedingte Ausnahme scheint nur der Staat Guerrero zu machen; jedoch muß auch hier der Einwanderer über Mittel verfügen.
San Salvador ist der dichtbevölkerteste aller südamerikanischen Staaten und bietet für Auswanderer keinen Platz mehr. Es ist auch kein Bedürfnis an fremden Arbeitskräften vorhanden.
Aus Brasilien neuerdings eingelaufene Berichte bestätigen, daß für deutsche Industriearbeiter die Aussichten für ein Fortkommen nur außerordentlich geringe sind.
In Kolumbien können Landwirte nur dortkommen, wenn sie etwas Vermögen mitbringen.
Auf ein Wiederzulassungsgeßuch f. Australien erhielt ein Antragsteller die Antwort, daß nach einem diesbezüglichen Gesetz den Personen feindlicher Staatsangehörigkeit die Rückkehr zunächst auf fünf Jahre verboten ist.

Für Auswanderungslustige nach Chile gibt der deutsch-chilenische Bund kostenlos eine Schrift heraus: „Anleitung für Auswanderer nach Chile.“ Adresse: Santiago, casilla de correo 3457.
Ueber Brasilien befehrt eine Schrift: „Ratichläge für Auswanderer nach Südbrazilien.“ Zentralverein für Handelsgeographie in Berlin. Preis 6 RM.

Abrechnung vom 4. Quartal 1919.
Gesamt-Einnahme.

An Kassenbestand vom vorigen Quartal	9 141 316,42 RM
An Eintrittsgeld	80 066,—
An Beiträgen à 75 Pf.	777 817,50
An Beiträgen à 60 Pf.	2 330 052,60
An Beiträgen à 35 Pf.	765 565,50
An Beiträgen à 10 Pf. (§ 13 Abs. 6, Frauenmarken)	3 921,50
An Beiträgen à 10 und 20 Pf. (Invaliden)	5 029,80
Von den Zahlstellen zuviel eingekassiert	4 805,36
Für Kartotekarbeiten	3 750,10
Für Hilfskassierarbeiten	593,80
Für Klappen und Stempel	50,50
Für Inkasso	24,50
Für Korrespondenzblätter	27,—
Für Schreibmaterialien	188,45
Für Schreibmaschinen	1 203,—
Für „Proletarier“	118,23
An Zinsen	87 350,94
An Beiträgen von Einzelmitgliedern	181,20
An Umzugsgeld zurückgezahlt	40,—
An Restschuld zurückgezahlt	49,—
An Erwerbslosen-Unterstützung zurückgezahlt	12,—
An Streifenunterstützung zurückgezahlt	160,—
Sonstige Einnahmen	2 155,19
Von den Zahlstellen zurückbehaltenes Geld zurückgezahlt	120 280,51
Summa	13 324 754,10 RM

Gesamt-Ausgabe.

An Erwerbslosen-Unterstützung:	
a) an Reisende	804,20 RM
b) an Arbeitslose	220 658,55
c) an Kranke	239 119,85
An Restschuld	1 188,80
An Gesamtergebnis-Unterstützung	3 740,95
An Umzugsgeld	6 640,—
An Sterbegeld	30 675,50
An Streit-Unterstützung	693 107,67
An Postlage-Unterstützung	1 370,—
An Anteil von den Beiträgen an die Zahlstellen	663 102,37
An Versicherungsbeträgen	3 139,18
An Vorstandsleistungen	188,—
An Rechnungen der Hauptkasse	341,45
An Gehältern	75 448,61
An Telefonkosten	503,44
An Generalversammlung (Beiträge für 2. Quart. 1919)	26 168,—
An Generalversammlung (Frauenzeitung)	10 479,76
Für Karten und Stempel	25 900,10
Für Schreibmaschinen und Schreibmaterialien	3 106,45
Für Anstühle im Bureau	14 784,50
Für Agitation und Gehälter der Gauleiter	196 816,52
Für Druck des „Proletarier“	202 312,—
Für Druck des „Proletarier“	33 624,27
Für Druckkosten	71 865,30
Für Buchbindarbeiten	88 635,05
Für Postpapier, Briefbogen, Leim	11 116,65
Für Zeitungen, Bücher, Broschüren, Houscar	1 224,15
Für Bureauverrichtung, Miet, Licht und Heizung	8 112,75
Für Konferenzen	9 750,65
Für Tarifverhandlungen	9 398,55
Zuschuß an die Zahlstellen-Verwaltungen	7 163,80
Postausgaben	7 250,20
Ranglosgeld	25,—
Gehältern der Zahlstellen zurückgezahlt	5 243,15
Sonstige Ausgaben	597,16
An Zuschuß aus der Hauptkasse an die Hauptkasse	2 929,67
Summa	2 676 582,05 RM

Bilanz.

Gesamt-Einnahme	13 324 754,10 Mark
Gesamt-Ausgabe	2 676 582,05
Kassenbestand am 31. Dezember 1919	10 648 172,05 Mark

Hannover, den 29. Mai 1920.
Peter. Sack, 2. Vizepräsident. Fritz Bruns, Kassierer.
F. Hasler, 1. Semmel, C. Grottel, Redakteur.

Eingegangene Schriften.

„Führer durch das Reichslohngesetz“ von Rudolf Wissel, Preis 2,50 RM. Verlag Buchhandlung Bornhans, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Von all den vielen in letzter Zeit erschienenen Gesetzbüchern ist das Reichslohngesetz für die letzte Welle der Bevölkerung das wichtigste. Seine eingehenden Erläuterungen werden sich allen Arbeitnehmern am 25. Juni d. J. zum ersten Male nutzbar machen, von welchem Tage an die 10prozentige Erwerbslosenpflicht vom Lohn oder

Gehalt der Arbeiter und Angestellten im Kraft tritt. Auch der Natural- und Geldlohn der Hausangestellten unterliegt dieser Bestimmung. In Kürze wird dann die Beantragung zur Reichseinkommensteuer folgen. Sonach erlangen die Fragen über die Handhabung der Steuerarten, über richtige Einschätzung, steuerbares und steuerfreies Einkommen, über abzugsfähige und nicht abzugsfähige Beträge für jeden Einkommensteuerpflichtigen und seinen Arbeitgeber höchste materielle Bedeutung. Ueber all diese wichtigen Bestimmungen des Gesetzes gibt Wissel in seinem gemeinverständlich geschriebenen Büchlein zuverlässige Aufklärung, weshalb es jedem Steuerpflichtigen im eigenen Interesse wärmstens empfohlen sei.

Verbandsnachrichten.

Statistik.
Da bis zum 1. Juli das 2. Quartal zu Ende geht, müssen bis zum 4. Juli die gelben Statistik-Karten nach Hannover gesandt werden.
Später als bis zum 8. Juli eingesandte Statistik-Karten können bei der Aufstellung der Statistik nicht mehr berücksichtigt werden.
Fehlen am Orte diese Karten, dann müssen sie beim Vorstand sofort bestellt werden.
Die gleiche Wichtigkeit haben auch die grauen Monatskarten; diese sind nach Schluß der Monate Januar, Februar, April, Mai, Juni, August, Oktober und November spätestens bis zum dritten Tage nach Schluß des Monats abzusenden.

Resümee der Wahlen zum 13. Verbandstag:

Wahlkreisnummer	Gewählt	Zahlstelle
92	Hornsteiner, Alois	Rattowitz
240	Schneider, Wilhelm	Friedrichstadt

Vom 11. Juni an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:
G. 1000,— Königsberg i. Pr. 261,— Berlin 26,— Borby 2006,55— Ostau i. S. 1000,— Reutlingen 1000,— Tilsit 1500,— Welle 1500,— Königsberg i. Pr. 7000,— Altwasser i. Schl. 500,— Karlsruhe 14 000,— Queblinsburg 117,77. Münchh. 4000,— Rölln (Gau) 509,24. Ahrweiler 41,40. Muskau 1000,— Dyrhau 1000,— Burg a. Fehm. 1000,— Oranienburg 2000,— G. 1000,— J. B. 182,10. Riedenburg 130,32. Saarau 6000,— Heilbronn 150,— Emmerich 20,— Waghamsburg 5000,— Penig 3000,— Chemnitz 15 000,— Egeln 2500,— Pnyz 900,— Freienwalde 2000,— Harburg a. d. E. 280,— Waltershausen 5009,— Strehla a. d. E. 1200,— Walsbüt 2500,— Klefa 2000,— Stettin 2800,— Tangermünde 28,— Rölln 10 000,— Hall, Schw. 500,— Effen 5000,— Walsrode 1000,— Kassel 22,50. Hameln 18,55. Trebbin 6,30. Leipzig 578,— Emmerich 56,— Hamburg 12,— Bodenfelde 688,10. Stuttgart 7000,— Wittweida i. S. 2000,— Mannheim 10 000,— Artern 2000,— Unterreisbach 700,— Reiz 2000,— Pnyz 600,— Bredstedt 100,— Arnstadt 1000,— P. 57,75. P. 19,25.

Schluß: Donnerstag, den 17. Juni, mittags 12 Uhr.
Fr. Bruns, Kassierer

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

Zahlstelle	pro Woche für		Die Erhöhung tritt in Kraft am
	männliche Mitglieder	weibliche Mitglieder	
Gernsheim	60 Pf.	55 Pf.	1. Juli 1920
Neustadt a. d. Orla	40 "	35 "	1. " 1920
Rehlan (Ostpr.)	75 "	45 "	1. " 1920
Bolzgraf	40 "	35 "	1. " 1920

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Gau 2.**
Güsten (Bez. Magdeburg). 1. Bev.: Wilhelm Spiegel, Breite- weg 65.
- Gau 3.**
Angermünde. 1. Bev.: August Eibrandt, Jägerstr. 7.
Gergelde b. Berlin. 1. Bev.: Fr. Schäfer, Straußberger Str. 11.
- Oderberg (Mark).** Wieder selbständige Zahlstelle. 1. Bev.: August Doll, Rießer Straße 70; 2. Bev.: Hermann Reß, Rießer Straße 2.
Jossen. 1. Bev.: P. Biczal, Baruther Straße 12.
- Gau 6.**
Grünberg (Schl.). Ab 1. Juli d. J. mit Glogau verschmolzen.
Kattbor. 2. Bev. und Geschäftsf.: Emanuel Leschot, Volls- haus Str.
- Gau 7.**
Großhain i. Sa. 1. Bev.: Eduard Böhl, Fischchen bei Großhain, Dorfstr. 10b.
- Gau 8.**
Ulrich. Der 2. Bev. Ernst Gräfe ist zu streichen.
Quersart. 1. Bev.: Paul Kramer, Freimarkt 24. Der zweite Bevollmächtigte Hermann Bornschein ist zu streichen.
- Gau 14.**
Krusberg i. Westf. 2. Bev. und Geschäftsf.: Franz Kloppe, Salspfortstraße (Wirt Meng).
Duisburg. 2. Bev. und Geschäftsf.: Hermann Rude, Bureau: Duisburg, Banheimer Straße 133.
Hofolpe b. Kirchhundem. 1. Bev.: Johann Sobierop.

Die Zahlstelle Jena

Wahl: zum 1. August dieses Jahres, eventl. schon früher, einen ständigen Geschäftsführer.
Bewerber müssen Mitglied unseres Verbandes, fünf Jahre freigewerkschaftlich organisiert und zur Abhaltung von Vorträgen befähigt sein. Die Bewerbung muß enthalten: Eine Schilderung des Lebenslaufes, der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und eine eigene schriftliche Arbeit über die Tätigkeit und die Aufgaben eines Agitationsleiters. Kollegen mit Kenntnis der leonischen Industrie erhalten den Vorzug. Die Aufstellung erfolgt nach dreimonatiger Tätigkeit. Das Gehalt regelt sich nach den gegenwärtig geltenden Gehaltsstufen.
Bewerbungen sind bis zum 5. Juli einzureichen an
[8 RM.] Hugo Martin, Jena, Gustav-Fischer-Straße 9.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Die Berliner Druckfarbenfabrikanten auf dem Kriegspfad.

In der chemischen Industrie besteht bisher die geschlossenste und am besten ausgebaute Arbeitsgemeinschaft. In einheitlicher Arbeit zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden konnten wirtschaftliche und soziale Fragen zum Vorteil beider Teile in umfangreicher Weise erledigt werden. Daß solche Arbeit nicht alle beteiligten Kreise immer befriedigt, versteht sich am Rande. Die Arbeiter haben manchmal über mangelhaftes Entgegenkommen der Unternehmer in Lohnfragen geklagt und wiederholt die Frage aufgeworfen, ob die Arbeitsgemeinschaft, im Interesse der Arbeiter liegend, aufrecht erhalten werden soll. Die Arbeiter haben sich aber mit der Arbeitsgemeinschaft im Laufe der Zeit abgefunden. In ihrer übergroßen Mehrzahl sind sie bemüht, am Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens mitzuarbeiten, ohne Rücksicht auf die sich für sie aus der Arbeitsgemeinschaft ergebenden kleinen Mißlichkeiten. Anders dagegen hat sich der Widerstand in Unternehmerkreisen im Laufe der Zeit verstärkt. Ganze Gruppen, die anfänglich die Gemeinschaftsarbeit mit den Gewerkschaften in ihrem Interesse liegend betrachteten, können sich jetzt mit der Lohnregelung, die sich aus der Zusammenarbeit ergibt, nicht abfinden, und laufen Sturm gegen die getroffenen Abmachungen. So wird uns bekannt, daß die Berliner Druckfarbenfabrikanten nach erfolgtem Schiedspruch über die Lohnregelung aus dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie austreten wollen. Nach uns zugegangenen Mitteilungen sind es sieben Firmen, die sich dem Schiedspruch nicht fügen wollen und unter ihrer Leitung nunmehr den Austritt aus dem Arbeitgeberverband und damit aus der Arbeitsgemeinschaft propagieren und andere Firmen mitzureißen suchen. Es handelt sich durchweg um Firmen, welche die festgesetzten Löhne sehr gut zahlen können.

Mit dieser Bestrebung genügen sich die Herren allein aber nicht, sondern stützen noch scharfmacherische Bestrebungen auf Gründung einer Streikgewerkschaft der Unternehmer, wie folgendes Rundschreiben, das uns ein günstiger Wind auf den Tisch wehte, zu erkennen gibt.

„Druckfarben-Verband, G. B.

Rundschreiben Nr. 46.

Berlin, 4. Juni 1920.

An die Mitglieder des Druckfarben-Verbandes!

In der am 29. 5. 20 im Herrenhaus stattgefundenen Versammlung zwecks Stellungnahme zur „Gewerkschaft der Unternehmer“, auf der etwa 100 Vertreter der Fachverbände anwesend waren, wurde nachfolgendes erörtert:

Die politische Ohnmacht und wirtschaftliche Notlage der Unternehmer gegenüber den Organisationen der Arbeiter und Angestellten und deren aggressives Verhalten erfordern unbedingt den Zusammenschluß der Unternehmer in gewerkschaftlicher Form. Diese zu bildende Gewerkschaft soll im Anschluß an vorhandene Organisationen in den größeren Orten durch Nationalausgänge aus Vertretern von Gewerbe, Handel und Industrie und Landwirtschaft geschaffen werden und ihre Spitze in Berlin haben.

Zweck der Gewerkschaft ist Vertretung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen allen Angriffen gegenüber und Anstrengung einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft mit vollständiger Gleichberechtigung der Unternehmer und Arbeitnehmer.

Als äußerstes Mittel zur Abwehr unberechtigter Angriffe auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet nimmt die Gewerkschaft der Unternehmer den Streik für sich in Anspruch. Daraus folgt: Einrichtung von Klassen zur Erzeugung von Schäden der Unternehmer, weitere Ausgestaltung der rechtlichen Notfälle, Einflußnahme auf die politischen Parteien und die Wahlen und engstes Zusammengehen mit der Landwirtschaft.

Die Diskussion ergab, daß alle Anwesenden von der Notwendigkeit und Möglichkeit der Durchführung dieser neuen Idee überzeugt waren und ihre Unterstützung nach besten Kräften versagten. Zur Mitarbeit bereite Personen sind dem Sanjabunde nachhaft zu machen, und jeder Verband soll bis zum 15. Juni 1920 seine Stellungnahme zu den gemachten Ausführungen einreichen.

Wir bitten Sie daher, uns auf liegendem Wege bis zum 12. 6. 20 spätestens mitteilen zu wollen, ob Sie

1. damit einverstanden sind, daß der Verband als solcher die Angelegenheit weiterhin fördert und
2. ob Sie gewillt sind, sich an Ort und Stelle in den Dienst der Sache zu stellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Druckfarben-Verband, G. B.
gez. Towitzhoff.

1 Anlage.

Streng vertraulich!

Dieses Rundschreiben sollte allen unseren Mitgliedern zu denken geben. Während die Arbeiterschaft heute nicht mal in der Gewerkschaftsbewegung einheitliche Organisationen aufweist und die bestehenden Arbeiterorganisationen von Arbeiterzerpflückerern (Unionisten, Syndikalisten usw.) scharf angegriffen und bekämpft werden, rufen die Unternehmer zu einer einheitlichen Streikgewerkschaft, die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Ziele verfolgen soll. Daß dieser neuen Arbeitgeberorganisation erhebliche Geldmittel zufließen werden, ergibt sich schon aus den ungeheuren Kriegs-, Revolutions- und Wafentagelöhnen. Ob die Arbeitergewerkschaften dem Ansturm der neuen Unternehmergewerkschaft, deren Ziel Abbau der Löhne ist, gewachsen sein werden, ist mindestens so lange zweifelhaft, wie unverantwortliche Treiber innerhalb der Arbeiterschaft unsere eigene gewerkschaftliche Organisation zu schwächen und zu zertrümmern suchen. Wir werden jedoch die Absichten der Scharfmacher zusehen machen, wenn die Arbeiter es verstehen, jeder Arbeiterzerpflückerung wirksam entgegenzutreten und die gesamte Arbeiterschaft in Industrie, Handel und Landwirtschaft in ihren Berufsorganisationen zu vereinen. Ihr gesunder Sinn wird den Arbeitern diesen Weg weisen.

Interessant ist jedenfalls eine Gegenüberstellung der Taktik der Arbeiterorganisationen und derjenigen der in der Bildung begriffenen Arbeitgeberorganisation. Wir wollen die Gewerkschaftsbewegung mit politischen Fragen und Forderungen nicht belasten; nur soweit Wirtschafts- und Sozialpolitik in Frage kommt, können wir uns politischen Fragen nicht entziehen. Die Arbeitgeber dagegen bauen ihre gewerkschaftliche Organisation auf den Bestrebungen des Sanjabundes auf, der vor Jahren als reine politische Vertretung der Arbeitgeber ins Leben gerufen wurde. Dieser Hinweis wird den Arbeitern die Augen öffnen und sie veranlassen, den Bestrebungen der Arbeitgeber ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Bestrebungen des Sanjabundes auf, der vor Jahren als reine politische Vertretung der Arbeitgeber ins Leben gerufen wurde. Dieser Hinweis wird den Arbeitern die Augen öffnen und sie veranlassen, den Bestrebungen der Arbeitgeber ihre Aufmerksamkeit zu schenken.



Sonnenaufgang.

Ein Purpursaum färbt rot und blutig den äußersten Horizont, das neue Licht verkündend, Nebel und Wolken raffen sich auf, ballen sich zusammen und werfen sich dem Morgenrot entgegen, seine Strahlen momentan verhüllend — aber keine Macht der Erde vermag das langsame und majestätische Aufsteigen der Sonne selbst zu hindern, die eine Stunde später, aller Welt sichtbar, hell leuchtend und erwärmend, am Firmament steht.

Was eine Stunde ist in dem Naturchauspiel eines jeden Tages, das sind ein, zwei Jahrzehnte in dem noch weit imposanteren Schauspiel eines weltgeschichtlichen Sonnenaufgangs.

Ferdinand Lassalle.



Nochmals Blasen-Geschwülste (-Krebs) der Anilinarbeiter.

Im „Proletarier“ (Nr. 21) führten wir im Bericht über die Tagung der Fabrikärzte, die sich mit Blasenkrebs beschäftigte, aus, daß die Ansichten über Entstehung und Verlauf der Blasen- geschwülste nicht einheitlich sind und daß die Erreger der Krankheit bisher nicht festgestellt werden konnten. Wir bezweifelten auch, daß die festgestellte Zahl der Erkrankungen alle vorgekommenen Erkrankungen erfasse. Auf der Konferenz wurde die Ansicht vertreten, daß den Ärzten Fälle von Blasenkrankungen nicht entgegen könnten, weil die Arbeiter in den gefährdeten Betrieben dauernder Kontrolle unterstellt sind.

In Nr. 6 des „Zentralblattes für Gewerbehygiene“ nimmt Herr Dr. Oppenheimer aus Frankfurt a. M. in einem Artikel zur Erkennung und Behandlung der Blasen- geschwülste der Anilin- arbeiter Stellung und kommt zu Forderungen, die unsere Zweifel bestätigen:

„Der Behandlungserfolg der Anilingeschwülste ist in hohem Grade abhängig von der frühzeitigen Erkennung der Erkrankung. Hier ist m. E. der Punkt, wo die ärztliche Beobachtung einzusetzen hat. Erneut mache ich daher den Vorschlag, den Harn aller gefährdeten Arbeiter, insbesondere derjenigen, welche länger in den betreffenden Betrieben arbeiten, einer fortlaufenden Kontrolle zu unterziehen. Um Beimengungen aus der Harnröhre zu vermeiden, wird in zwei Portionen Urin gelassen und nur die zweite Hälfte zur Untersuchung verwandt. Die Prüfung, welche sich in erster Linie auf den mikroskopischen Nachweis von roten Blutkörperchen zu erstrecken hat, könnte unter Leitung der Herren Fabrikärzte in den Laboratorien der betreffenden Werke ausgeführt werden. Der Nachweis roter Blutkörperchen in der zweiten Harnportion ist zwar nicht ein für Blasen- geschwülste spezifisches Symptom, tritt aber bei diesen schon in außerordentlich frühem Stadium auf, oft dann schon, wenn eine Geschwulst durch den Blasen- spiegel mit Sicherheit noch nicht diagnostizierbar ist.“

Herr Dr. Oppenheimer schlägt dann vor, daß 1. der Harn aller gefährdeten Arbeiter mehrmals im Jahre auf das Vorhandensein roter Blutkörperchen geprüft werden sollte, 2. bei allen verdächtigen Fällen die Blase sofort zu spiegeln ist und 3. jeder operierte oder intravesikular behandelte Fall in höchstens dreimonatlichen Abständen einer Kontrollspytoskopie zu unterwerfen ist. Wenn hier von sachkundiger Seite Forderungen aufgestellt werden, ist daraus doch wohl zu schließen, daß diese Forderungen bisher nicht reiflos durchgeführt worden sind, wie es auf der Ärztekonzferenz zum Ausdruck kam.

Zur Forderung 3 sei für die Leser bemerkt, daß Dr. Oppenheimer zwischen von Anfang an bösartigen Krebsgeschwülsten und gutartigen Zottengeschwülsten unterscheidet, wovon erstere nur durch operativen Eingriff behandelt werden können und selten mit Heilung zu rechnen ist, während die gutartigen Zottengeschwülste bei frühzeitiger Behandlung ohne operativen Eingriff heilbar erscheinen. In beiden Fällen müssen die Patienten dauernd unter ärztlicher Beobachtung bleiben. Die Kontrollspytoskopie ist eine Spiegelbeobachtung der Blase. Wie wichtig die dauernde Beobachtung bereits erkrankter und gefährdeter Arbeiter ist, geht daraus hervor, daß nach ärztlichen Erfahrungen 9 1/2 bis 26 Jahre nach der Schädigung Geschwülste in Erscheinung treten. So weit auseinanderliegende Zeiträume wurden auch auf der Ärztekonzferenz genannt. Daraus ergibt sich für die gefährdeten Arbeiter, auch nach Aufgabe der Arbeit in den gefährdeten Betrieben sich dauernd ärztlicher Kontrolle zu unterstellen, was um so notwendiger ist, weil die bösartigen Erkrankungen nur ausnahmsweise zur Heilung gelangen, aber auch die gutartigen ohne ärztliche Hilfe früher zum Tode führen können. Die etwa noch vorhandene Scheu der Arbeiter gegen solche dauernde Kontrolle zu beseitigen, muß Aufgabe der Arbeiterorganisation sein. In den sozialen Gruppen der Arbeitsgemeinschaft der chemischen Industrie findet sich Gelegenheit für die Arbeiter, auf diesem Gebiete segensreiche Arbeit zu leisten. Herr Dr. Oppenheimer schreibt in seinem Artikel, daß ein Betrieb in den letzten Jahren so gründlich saniert wurde sein soll, daß selbst operierte Arbeiter ihm gefügt haben, in diesem Betriebe ruhig weiterarbeiten zu wollen. Es wäre wünschenswert den Betrieb der eine so hervorragende Arbeit leistende Arbeiter zu sein, daß selbst operierte Arbeiter ihm gefügt haben, in diesem Betriebe ruhig weiterarbeiten zu wollen. Es wäre wünschenswert den Betrieb der eine so hervorragende Arbeit leistende Arbeiter zu sein, daß selbst operierte Arbeiter ihm gefügt haben, in diesem Betriebe ruhig weiterarbeiten zu wollen.

Die Herren wollen nicht nur nichts geben, nein, sie wollen sogar die Löhne abbauen, und zwar in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage der Tapetenindustrie. Das heißt auf gut Deutsch: „Wir haben unser Schäfchen im Trocknen, und die Arbeiter können uns gewogen bleiben.“ So springen die Herren mit ihrer Arbeiterschaft um in einer Zeit, wo das Existenzminimum für eine fünfköpfige Familie auf 525 M. die Woche festgelegt wurde. Es dürfte nun doch einige Herren vom Fabrikantenverein interessieren, wie wir Arbeiter über die wirtschaftliche Lage in der Tapetenindustrie denken. Daß die Herren in Folge der wirtschaftlichen Lage nicht an ihre Arbeiter denken, befreit uns nicht, denn das haben sie noch nie getan, aber wir empfinden es wie ein Schlag ins Gesicht, wenn sie die wirtschaftliche Lage hervorheben, die sie doch selbst herbeigeführt haben. Unseres Erachtens ist diese doch nur Mittel zum Zweck und künstlich herbeigeführt. Denn die hohen Preise für unseren Artikel, die ja oft durch die „hohen“ Arbeiterlöhne motiviert werden, sind in keiner Weise gerechtfertigt. Zu Anfang des Jahres waren die Fabrikanten reichlich mit Aufträgen bedacht, so daß an Arbeitsmangel bei 8 Stunden Arbeitszeit nicht zu denken war, und wenn heute die Aufträge annulliert werden, so haben die Herren sich dies zum größten Teile selber zuzuschreiben. Gutem Vernehmen nach soll denn auch der Fabrikantenverein auf Drängen einzelner seiner Mitglieder die letzten Zuschläge (40 Prozent) fallen lassen; ein schlagender Beweis dafür, wie ungerecht der Ausschlag war. Man konnte uns nicht und sagt: „Die Kaufkraft ist gestiegen!“ Nein, der Barertrag herrscht nach wie vor, nur kann der kleine Mann nicht laufen, und das ist es ja, was die Herren wollten, um dann den Abbau der Löhne vorzunehmen. Es ist doch ein äußerst unschöner Zug seitens der Unternehmer, daß sie immer und immer wieder dem Arbeiter verwehren, mit seiner Familie menschenwürdig zu existieren, wo sie es doch sind, die den Herren ihren Gewinn schaffen. Diese selbst spüren ja von unserer Not nichts. Die letzte Enttäuschung wird auch dem letzten Tapetenarbeiter klar machen, daß nur ein schmerzlicher Krieg zwischen Arbeiter und Unternehmer seine Lage zu verbessern vermag. Die uns durch die Fabrikanten freigelegte Bahn ist uns willkommen, wenn kein neuer Tarif zustande kommen sollte, und die Herren werden uns auf dem Posten finden. Den einschüchternden Forderungen der Arbeiter zu entsprechen, sich möglichst zurückerweichen zu lassen, ist für die Fabrikanten nicht im Interesse, sondern nur vorübergehendes Mittel. Die Arbeitergewerkschaft wird dies gewiß anerkennen, was für den Unternehmer nur vorübergehend sein kann. Auf Seiten der Herren Fabrikanten hat man die Barmer Kollegen besonders unzufrieden hingestellt, was unferne etwas Mäßigkeit zur Folge hatte. Dafür erhalten wir heute Stockschläge auf den Magen, was jedenfalls auch zum Dant des Vaterlandes gehört. Wer von den Arbeitern hat heute fast zu essen, ein ganzes Hemd auf dem Leibe, ein Paar gute Schuhe an den Füßen? Man wäre es in beiderseitigem Interesse zu wünschen, daß die Fabrikanten ihre Maßnahmen nicht allzu sehr forcieren, es ist sonst zu befürchten, daß mancher Facharbeiter vom Berufe abwandert, denn so verlockend ist der Beruf der Tapetenarbeiter weder in finanzieller noch in gesundheitlicher Beziehung, als daß ein Leben an demselben zu befrachten wäre. Die Arbeiter können aber in der heutigen Zeit beratige Maßnahmen, wie sie die Herren vorschlagen, nicht mitmachen und werden schon aus Selbsterhaltungstriebe einem Berufe den Rücken kehren, dessen Unternehmer alles andere, nur nicht arbeiterfeindlich sind.

Papier verarbeitende Industrien

Aus der Capetenindustrie.

In Nr. 21 des „Proletarier“ berichtet Kollege Pf. über den Verlauf der Sitzung am 6. und 7. Mai in Berlin zwischen den Fabrikanten und anderen Vertretern. Nun hat sich eine am 13. Mai in Elberfeld abgehaltene Versammlung der Tapetenarbeiter des Bismarcktales eingehend mit dem Bericht befaßt. Das Wesentliche ist für uns dieses: Die Herren wollen nicht nur nichts geben, nein, sie wollen sogar die Löhne abbauen, und zwar in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage der Tapetenindustrie. Das heißt auf gut Deutsch: „Wir haben unser Schäfchen im Trocknen, und die Arbeiter können uns gewogen bleiben.“ So springen die Herren mit ihrer Arbeiterschaft um in einer Zeit, wo das Existenzminimum für eine fünfköpfige Familie auf 525 M. die Woche festgelegt wurde. Es dürfte nun doch einige Herren vom Fabrikantenverein interessieren, wie wir Arbeiter über die wirtschaftliche Lage in der Tapetenindustrie denken. Daß die Herren in Folge der wirtschaftlichen Lage nicht an ihre Arbeiter denken, befreit uns nicht, denn das haben sie noch nie getan, aber wir empfinden es wie ein Schlag ins Gesicht, wenn sie die wirtschaftliche Lage hervorheben, die sie doch selbst herbeigeführt haben. Unseres Erachtens ist diese doch nur Mittel zum Zweck und künstlich herbeigeführt. Denn die hohen Preise für unseren Artikel, die ja oft durch die „hohen“ Arbeiterlöhne motiviert werden, sind in keiner Weise gerechtfertigt. Zu Anfang des Jahres waren die Fabrikanten reichlich mit Aufträgen bedacht, so daß an Arbeitsmangel bei 8 Stunden Arbeitszeit nicht zu denken war, und wenn heute die Aufträge annulliert werden, so haben die Herren sich dies zum größten Teile selber zuzuschreiben. Gutem Vernehmen nach soll denn auch der Fabrikantenverein auf Drängen einzelner seiner Mitglieder die letzten Zuschläge (40 Prozent) fallen lassen; ein schlagender Beweis dafür, wie ungerecht der Ausschlag war. Man konnte uns nicht und sagt: „Die Kaufkraft ist gestiegen!“ Nein, der Barertrag herrscht nach wie vor, nur kann der kleine Mann nicht laufen, und das ist es ja, was die Herren wollten, um dann den Abbau der Löhne vorzunehmen. Es ist doch ein äußerst unschöner Zug seitens der Unternehmer, daß sie immer und immer wieder dem Arbeiter verwehren, mit seiner Familie menschenwürdig zu existieren, wo sie es doch sind, die den Herren ihren Gewinn schaffen. Diese selbst spüren ja von unserer Not nichts. Die letzte Enttäuschung wird auch dem letzten Tapetenarbeiter klar machen, daß nur ein schmerzlicher Krieg zwischen Arbeiter und Unternehmer seine Lage zu verbessern vermag. Die uns durch die Fabrikanten freigelegte Bahn ist uns willkommen, wenn kein neuer Tarif zustande kommen sollte, und die Herren werden uns auf dem Posten finden. Den einschüchternden Forderungen der Arbeiter zu entsprechen, sich möglichst zurückerweichen zu lassen, ist für die Fabrikanten nicht im Interesse, sondern nur vorübergehendes Mittel. Die Arbeitergewerkschaft wird dies gewiß anerkennen, was für den Unternehmer nur vorübergehend sein kann. Auf Seiten der Herren Fabrikanten hat man die Barmer Kollegen besonders unzufrieden hingestellt, was unferne etwas Mäßigkeit zur Folge hatte. Dafür erhalten wir heute Stockschläge auf den Magen, was jedenfalls auch zum Dant des Vaterlandes gehört. Wer von den Arbeitern hat heute fast zu essen, ein ganzes Hemd auf dem Leibe, ein Paar gute Schuhe an den Füßen? Man wäre es in beiderseitigem Interesse zu wünschen, daß die Fabrikanten ihre Maßnahmen nicht allzu sehr forcieren, es ist sonst zu befürchten, daß mancher Facharbeiter vom Berufe abwandert, denn so verlockend ist der Beruf der Tapetenarbeiter weder in finanzieller noch in gesundheitlicher Beziehung, als daß ein Leben an demselben zu befrachten wäre. Die Arbeiter können aber in der heutigen Zeit beratige Maßnahmen, wie sie die Herren vorschlagen, nicht mitmachen und werden schon aus Selbsterhaltungstriebe einem Berufe den Rücken kehren, dessen Unternehmer alles andere, nur nicht arbeiterfeindlich sind.

Keramische Industrie

Der Reichsarbeitsvertrag für die Industrien der Steine und Erden.

In Nr. 20 des „Proletarier“ vom 15. Mai 1920 wurde der Reichsarbeitsvertrag für die Industrien der Steine und Erden veröffentlicht. Er ist seit dem 1. Mai in Geltung. Wie bei jedem neuen Vertrag, so entstehen nun auch hier Meinungsverschiedenheiten über die praktische Anwendung oder Auslegung der einzelnen Bestimmungen. Um diese Unklarheiten zu beseitigen, seien die besonders strittigen Punkte hier geflärt.

Besonders die Bestimmungen der Ueberarbeit werden von vielen Arbeitgebern gern falsch gedeutet. Nach § 17 des Reichsarbeitsvertrags sind die laufenden Sonntagschichten mit 25 Prozent Zuschlag zu vergüten. Obwohl laufende Sonntagschichten nur von Brennern, in Zementfabriken noch von Mältern und so weiter geleistet werden, versucht man besonders in den Ziegeleien den Brennern diesen Zuschlag freitend zu machen. Gerade für die Brenner ist der Zuschlag aber eingeführt. Geht die Sonntags geleisteten Arbeitsstunden über die 48stündige Wochenarbeitszeit hinaus, so werden sie mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Gegen diese Bestimmung wurde viel Sturm gelaufen. Nicht nur die Unternehmer der Ziegeleiindustrie, auch die Unternehmer der Industrie feuerfester Erzeugnisse wollten von der Bezahlung dieses Zuschlages durchaus nichts wissen, weil dadurch die Beschäftigten stets mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt werden müßte. Das ist natürlich auch beabsichtigt. Der Brenner, der zwei Drittel seiner Sonntagszeit im Interesse des Betriebes opfert, darf dafür nicht schlechter entlohnt werden als die Arbeiter, die nur gelegentlich Sonntagsarbeit verrichten.

Auch der § 18 wird oft mißverstanden, indem angenommen wird, er hebe den § 17 wieder auf. Das ist falsch. Der § 18 sagt: „Jede regelmäßige Schichtarbeit, ob bei Tag oder Nacht geleistet, ist zuschlagsfrei.“ Damit wird nur die regelmäßige Nachtarbeit an Wochentagen gestoppt.

Die Regelung der Akkordarbeit erzeugt ebenfalls häufig Unstimmigkeiten. Besonders der Akkordzuschlag von 20 bis 30 Prozent. Bei den Verhandlungen forderten wir einen Zuschlag von 25 Prozent. Die Arbeitgeber konnten sich dazu nicht verstehen, da in vielen Bezirken nur 10 Prozent Zuschlag üblich war. Der Sprung auf 25 Prozent war ihnen zu groß; sie boten 20 Prozent. Das wäre wiederum eine Verschlechterung für jene Bezirke gewesen, in denen schon 25 Prozent bezahlt wurden. Der konnten wir nicht zustimmen. Schließlich einigten wir uns auf 20 bis 30 Prozent. Dies bedeutete für die Bezirke mit 10 Prozent eine wesentliche Verbesserung, während für die

